Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 288 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Donnerstag, 8. Dezember 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Schlägerei im Reichstag

Reichstagspräsident Göring teilte in der 2. Reichstagssitzung das Ergebnis der Schriftführerwahl mit. Die Mitteilung, daß auch der Abgeordnete Hugenberg (Dnatl.) mit 291 Stimmen zum Schriftführer gewählt sei, wird mit großem Gelächter und Beifallsklatschen aufgenommen. Von Nationalsozialisten wird gerufen: „Der größte Schriftführer Deutschlands!"

Um Löbes Vizepräsidentschaft

Der Präsident teilt weiter mit, daß nach der endgültigen Feststellung der Abgeordnete **Löbe (Soz.) zum Vizepräsidenten gewählt** worden sei.

Abg. Dr. Frick (Nationalsoz.) beantragt, in namentlicher Abstimmung eine Wiederholung der Vizepräsidentenwahl zu beschließen. Die nationalsozialisten bezweifelten, daß die Wahl des Abg. Löbe zum Vizepräsidenten einwandfrei festgestellt sei.

Abg. Dittmann (Soz.) widerspricht einer Wiederholung der Wahl, deren Ergebnis amtlich einwandfrei festgestellt sei.

Abg. Torgler (Komm.) erklärt sich gleichfalls gegen eine Wiederholung der Wahl und betont, daß diese Stellungnahme nicht politisch zu werten sei. Zurückgewiesen werden müsse die von Dr. Frick ausgesprochene Verdächtigung der Beamten des Reichstages. Sie seien zuverlässiger als die Schriftführer.

Abg. Dr. Frick (Nationalsoz.) erklärt, er habe die Reichstagsbeamten nicht verdächtigen wollen, aber es könnten doch Irrtümer vorgekommen sein. Dem Schriftführer Laverrenz (Dntl.) seien zwei verschiedene Stimmzettel heruntergefallen.

Abg. Leicht (Bayer. Vpt.): Das amtliche Ergebnis muß selbstverständlich als das endgültige gelten. Eine Wiederholung der Wahl ist gar nicht zulässig.

Als Präsident Göring die namentliche Abstimmung über den Antrag Dr. Frick vornehmen will, erhebt **Abg. Leicht (Bayer. Vpt.)** Einspruch gegen die Zulässigkeit dieser Abstimmung.

Abg. Dr. Frick (Nationalsoz.) beantragt nunmehr **namentliche Abstimmung über die Zulässigkeit der Abstimmung.**

Diese Abstimmung ergibt die **Ablehnung der Zulässigkeit mit 289 gegen 201 Stimmen bei 58 Enthaltungen.** Für die Zulässigkeit haben mit den Nationalsozialisten die Mitglieder der Deutschen Vpt. gestimmt. Die Deutschnationalen haben Stimmenenthaltungskarten abgegeben.

Auf die Frage, ob er die Wahl annehmen wolle, erklärt **Abg. Löbe**, er habe nach dem am Dienstagabend festgestellten Ergebnis noch Zweifel gehegt, ob er dies Amt annehmen könne. Nachdem aber durch die Bemühungen des Abg. Dr. Frick (Heiterkeit) diese Zweifel beseitigt seien, die Gültigkeit des Wahlganges nun zweifelsfrei feststehe und ein neuer Rechenfehler wohl nicht passiert sei, (erneute Heiterkeit) **nehme er die Wahl an.**

Bei der dann folgenden Bekanntgabe der eingegangenen Schreiben erregt große Heiterkeit, daß der Abg. Schneller (Komm.) wegen Beleidigung des Herzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg verklagt worden ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält **Abg. Helb-Brandenburg (Komm.)** zu einer Erklärung das Wort. Er teilt mit, daß bei der furchtbaren

Explosionskatastrophe in Premnitz

30 Arbeiter unter den Trümmern begraben und 10 getötet worden sind.

Alle Abgeordneten erheben sich spontan von den Sitzen.

Abg. Hell fährt fort: Diese Katastrophe war nur möglich durch die unerhörten Antreibermethoden. Diese Bemerkung wird von rechts und aus der Mitte mit stürmischen Pfui-Rufen und Entrüstungskundgebungen beantwortet.

Vizepräsident Esser ersucht den Redner wiederholt vergeblich, bei der Sache zu bleiben, und entzieht ihm schließlich das Wort.

Abg. Hell spricht weiter und verlangt die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrages, der eine Untersuchung der Ursachen der Katastrophe und Hilfsmaßnahmen für die Opfer fordert.

Vizepräsident Esser spricht sein Bedauern aus darüber, daß der Redner die alle Gemüter erschütternde Mitteilung von der schweren Katastrophe zu politischer Agitation mißbraucht habe.

Gegen den kommunistischen Antrag wird kein Widerspruch erhoben. Er soll am Schluß der Tagesordnung behandelt werden.

Wie es zur Schlägerei kam

Zu dem Zwischenfall im Reichstag meldet das WDZ.-Büro folgende Einzelheiten:

Nach Aussagen von Tribünenbesuchern hat sich der Zuhörer, durch den der Zwischenfall verursacht wurde, schon am Dienstag auffällig benommen, indem er den kommunistischen Rednern und Zwischenrufern ständig Beifall zollte und Zwischenrufe machte. Dieses Benehmen setzte er am Mittwoch fort, so daß andere Tribünenbesucher sich schließlich bei dem zuständigen Reichstagsbeamten beschwerten. Der Beamte verwarnte ihn, der Zuhörer wiederholte aber seinen Ruf: „Nieder!" Während man dann versuchte, ihn von der Tribüne zu entfernen, gab der Präsident gleichzeitig den Auftrag, die ganze Tribüne zu räumen. Inzwischen hatte sich auf der Tribüne schon ein Handgemenge entwickelt, da der demonstrierende Tribünenbesucher heftigen Widerstand leistete. An der Tür der Tribüne zeigten sich auch uniformierte Nationalsozialisten, die ihre Angehörigen auf der Tribüne schützen wollten. Als gleichzeitig aus dem Sitzungssaal auch kommunistische Abgeordnete versuchten, auf die Publikumstribüne zu gelangen, folgten ihnen weitere Nationalsozialisten. Beide Gruppen trafen auf dem Wandelgang hinter der Regierungstribüne aufeinander. Es gab zunächst einen heftigen Wortwechsel. Er schien zunächst abzuflauen, als plötzlich in hohem Bogen ein Spucknapf durch die Luft flog. Im gleichen Augenblick entstand eine

schwere Schlägerei zwischen etwa 40—50 kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten,

wobei nicht nur Aschenbecher und Pultdeckel als Waffen benutzt wurden, sondern auch Telephonapparate und Schreibpulte, die man aus der Wand riß, verwandt wurden. Mehrere große Glasscheiben von Verbindungstüren gingen in Trümmer. Schließlich wurden die Kommunisten von den Nationalsozialisten bis in den Wandelgang zurückgedrängt, in dem diese sich gewöhnlich aufhalten. Im Verlaufe des Handgemenges erlitten mehrere Abgeordnete blutige Verletzungen.

Ueber die Ursache des Zwischenfalles auf der Tribüne erfährt das oben genannte Büro noch, daß von kommunistischen Tribünenbesuchern einer Nationalsozialistin Beschimpfungen zugerufen worden sein sollen, die sich gegen die kommunistischen Ruhestörer auf der Tribüne energisch gewandt hatte.

Es handelt sich bei dem demonstrierenden Tribünenbesucher um den kommunistischen Landtagsabgeordneten des Mecklenburgischen Landtags, Quandt. Bei der Schlägerei in den Wandelgängen wurde auch ein Tisch in so hohem Bogen geschleudert, daß der ziemlich hoch hängende Kronleuchter in Trümmer ging. Durch die herabfallenden Glassplitter wurden mehrere Abgeordnete verletzt. Am schwersten verletzt wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Lohse, dem ein Telephonapparat an den Kopf geschleudert wurde.

Bei den Demonstrationen handelte es sich nicht um die allgemeine Publikumstribüne, sondern um eine Tribüne, die den Mitgliedern der Länderparlamente und dem Reichstagspräsidium zur Verfügung gestellt ist.



Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Lohse wurde bei dem Zusammenstoß im Reichstagsgebäude schwer verletzt

Die Gesetzesvorlage über Vertretung des Reichspräsidenten

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der nationalsozialistische Gesetzentwurf, wonach der Reichspräsident im Falle seiner Verhinderung durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten werden soll.

Die Antragsteller nehmen zunächst nicht das Wort

Abg. Schneller (Komm.): Das Reichsgericht stehe unter so starkem nationalsozialistischen Einfluß, daß nach dem Ausscheiden des jetzigen Präsidenten sein Nachfolger sicher ein Nationalsozialist sein werde. Der Redner richtet dann scharfe Angriffe gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg.

Die Kommunisten klatschen Beifall und rufen dreimal im Sprechchor: „Nieder mit Hindenburg!"

Vizepräsident Esser: Wegen dieses unerhörten Ausfalls gegen den Herrn Reichspräsidenten rufe ich den Redner zur Ordnung und mache darauf aufmerksam, daß ich bei einer Wiederholung mit schärferen Maßnahmen vorgehen werde.

Abg. Schneller (Komm.) setzt seine Angriffe auf den Reichspräsidenten fort. Die Kommunisten rufen wieder dreimal: „Nieder mit Hindenburg!" Auf der rechten Publikumstribüne stimmt ein Besucher dreimal laut in die Niederrufe ein. In dem Lärm, der im Hause herrscht, ist nicht zu hören, was der Vizepräsident sagt.

Abg. Schneller fährt dann fort: Hindenburg ist auch der Präsident des Versailler Systems!

Tumult

Wieder rufen die Kommunisten dreimal „Nieder mit Hindenburg!" Wieder beteiligt sich der Tribünenbesucher laut mit erhobenem Arm an dieser Kundgebung. Ein Reichstagsdiener spricht mit ihm, läßt ihn aber auf der Tribüne. Andere Besucher derselben Tribüne dringen auf den Demonstranten ein und drängen ihn unter Faustschlägen zur Tür. Die Kommunisten im Saale brechen beim Anblick dieser Szene in lärmende Verwünschungen gegen die Tribünenbesucher aus. Auf der Tribüne sind inzwischen auch einige uniformierte Nationalsozialisten erschienen. Es entwickelt sich oben eine Schlägerei, die von den Kommunisten im Saal mit „Nieder!"-Rufen gegen Hindenburg begleitet wird. Während des allgemeinen Tumults hat Vizepräsident Esser seinen Platz verlassen und damit

die Sitzung unterbrochen.

Nach etwa dreiviertelstündiger Pause eröffnet **Vizepräsident Esser** die Sitzung wieder mit der Mitteilung, daß der Reichstagspräsident die Vorgänge untersuchen und nach dem Abschluß berichten werde. Sollten sich weitere Störungen von den Tribünen zeigen, so würden sämtliche Tribünen geräumt werden.

Abg. Torgler (Komm.) erklärt, er müsse dagegen protestieren, daß in den Umgängen des Reichstages mit Koppeln bewaffnete SS.- und SA.-Leute als Hilfspolizisten des Reichstagspräsidenten fungierten. (Lärm bei den Nationalsozialisten und Rufe: „Unverschämte Lüge!")

Hierauf wird

die Aussprache

über das Präsidenten-Vertretungsgesetz fortgesetzt.

Abg. von Freytagh-Loringhoven (DNVP.) spricht sich gegen den Gesetzentwurf aus. Die politische Führung des Reiches sollte nicht einem Mann anvertraut werden, der die ganze unpolitische Stellung des Reichsgerichtspräsidenten einnimmt. Die Bedenken gegen einen solchen Plan würden verstärkt durch die Erinnerung an das Urteil des Staatsgerichtshofes im Streit Reich-Preußen, das sehr anfechtbar sei. Die Annahme des Gesetzentwurfes würde auch die Folge haben, daß man den Präsidenten des Reichsgerichts nicht nach rein rechtlichen, sondern auch nach politischen Gesichtspunkten auswählt. Auf diese Weise würde ein republikanischer Kronprinz entstehen, den wir ablehnen. **(Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):** „Ihr wollt den anderen Kronprinzen!" — Heiterkeit.) Jedenfalls werden wir das uns von Ihnen untergeschobene Ziel nicht durch Anträge zum Artikel 51 der Verfassung zu erreichen suchen. Wir lehnen den Entwurf ab und beantragen:

„Der Reichspräsident bestimmt seinen Vertreter für den Fall seiner Verhinderung. Der Vertreter muß den Bedingungen entsprechen die für den Reichspräsidenten gestellt sind."

(Lachen bei den Nationalsozialisten.) Wir wollen, daß der Reichspräsident durch politisches Testament seinen Vertreter für die Zeit bis zu den Neuwahlen zu bestimmen hat. Wir sehen in dem nationalsozialistischen Entwurf eine Ueberspannung des demokratischen Gedankens. Wir bedauern die gestrigen Angriffe des Alterspräsidenten gegen den Reichspräsidenten, dessen geschichtliche Stellung vor solchen Angriffen schützen sollte. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) bezeichnet es als befremdlich, daß die Nationalsozialisten ihren verfassungsändernden Gesetzentwurf nicht einmal durch einen Redner begründet haben. Um so erfreulicher sei die Offenheit, mit der der Vorredner die deutschnationale Katze aus dem Sack gelassen habe. Die Sozialdemokraten würden dem nationalsozialistischen Entwurf zustimmen, weil sie eine Dauerregelung der Vertretungsfrage für nötig halten. Der deutschnationale Antrag sei unannehmbar, denn er gebe dem Reichspräsidenten eine Machtvollkommenheit, die beinahe die des Kaisers erreicht. In den Kreisen um Papen, Hugenberg und den Herrenklub werde mit dem Gedanken gespielt, daß der Reichspräsident durch ein politisches Testament den ehemaligen Kronprinzen zu seinem Vertreter einsetzen soll. Das würde eine Gefahr für den Bestand der republikanischen Verfassung sein. Die nationalsozialistischen Antragsteller sollten näher erläutern, wann der Reichspräsident verhindert ist, und wer diese Verhinderung attestiert. Die scharfe Kritik an dem Urteil des Staatsgerichtshofes sei berechtigt; aber trotz alledem sei der Reichsgerichtspräsident der zu einer Vertretung des Reichspräsidenten geeignetste Mann. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) begrüßt den nationalsozialistischen Entwurf. Es sei in der Tat zur Vertretung des Reichspräsidenten am besten geeignet der Reichsgerichtspräsident, dem der Schutz des Rechts und der Verfassung obliegt. Die Kritik an dem Urteil des Staatsgerichtshofes sei nicht berechtigt.

Abg. Torgler (Komm.) bekämpft den Entwurf. Der Reichsgerichtspräsident sei Exponent der faschistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse.

Damit ist die erste Beratung des Entwurfs erledigt. In der darauf folgenden zweiten Beratung wird ein deutschnationaler Antrag auf Ausschußüberweisung gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der vom **Abg. von Freytagh** begründete Aenderungsantrag, wonach der Reichspräsident selbst seinen Vertreter bestimmen soll, wird gleichfalls gegen die Antragsteller in einfacher Abstimmung abgelehnt. Für die von den Deutschnationalen verlangte namentliche Abstimmung war die erforderliche Unterstützung durch 50 Abgeordnete nicht vorhanden.

Annahme des nationalsozialistischen Entwurfs in zwei Lesungen

Nachdem **Abg. Leicht (Bayer. Vpt.)** den von seiner Fraktion eingebrachten Entwurf zugunsten des gleichlautenden nationalsozialistischen Entwurfs für das Reichspräsidentenvertretungsgesetz zurückgezogen hat, wird der nationalsozialistische Entwurf mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen angenommen.

Die dritte Beratung kann wegen eines Einspruchs der Kommunisten erst in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Die Anträge auf Aenderung der Notverordnung vom 4. September

Es folgt die erste Beratung der Anträge des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten auf Aenderung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil, auf Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung.

Abg. Torgler (Komm.) weist darauf hin, daß kein Mitglied der Reichsregierung diese Sitzung besucht hat. Er beantragt die Herbeirufung des Reichskanzlers zu der jetzt bevorstehenden sozialpolitischen Debatte.

Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Karsten (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge. Darin wird die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni über Arbeitslosenhilfe, Sozialversicherung und Wohlfahrtslasten verlangt. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages soll nach einem Eventualantrag die Winterhilfe erweitert werden. Nach einem von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzentwurf sollen die Unterstützungsempfänger und Sozialrenten wieder auf den Stand vor der Notverordnung vom 14. Juni 1932 gebracht werden. In einem weiteren Entwurf wird eine Winterbeihilfe für alle Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten verlangt.

Der Redner richtet scharfe Angriffe gegen das

frühere Papenkabinett, das mit dem Abbau der Sozialpolitik und mit seinen Regierungserklärungen eine Politik gegen die armen Leute getrieben habe. Das neue Kabinett trage zwar einen anderen Namen, sei aber von dem gleichen Geist erfüllt.

Abg. Börger (NSDAP.) tritt für die nationalsozialistischen Anträge ein. Einer dieser Anträge fordert die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil und der darauf gegründeten Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932. Weitere Anträge fordern eine Weihnachts- und Winterhilfe in Form von Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Wäsche usw. für die notleidende Bevölkerung, sowie eine Arbeitsbeschaffungsaktion, insbesondere durch öffentliche Aufträge. Das System des Papenschen Wirtschaftsprogramms mit seinen Einstellungsprämien schaffe keine neue Arbeit, sondern bringe auf Kosten des Arbeiters nur dem Unternehmer Sonderprofite. Das sei moderner Sklavenhandel, des deutschen Arbeiters unwürdig. (Beifall bei den Natl.-Soz.)

Abg. Pieck (Komm.): Nur die Kommunistische Partei habe ehrlich den Kampf gegen die Papenregierung mit ihrem Hungerprogramm aufgenommen. Die übrigen Parteien hätten sich nur zum Schein der Kampffront gegen Papen angeschlossen, weil sie sich dem Druck der revolutionierten Massen nicht entziehen konnten. Der Berliner Verkehrsstreik sei eine Kundgebung dieses revolutionären Geistes gewesen. Die nationalsozialistische Gauleitung habe sich nur unter dem Druck der Naziarbeiter dem Streik angeschlossen, sie habe auch am zweiten Streiktag die Streikposten zurückgezogen. (Rufe bei den Natl.-Soz.: „Lüge!“.) Schließlich habe die Gauleitung den vorzeitigen Abbruch des Streiks erzwungen. (Unruhe bei den Natl.-Soz.) Das Papenprogramm des Hungers, des Krieges und des Faschismus sei auch unter Schleicher bestehen geblieben.

Abg. Dr. Schmidt-Eichwalde (Dn.): Die Aufhebung der sozialen Härten der Juni-Notverordnung habe in erster Linie der deutschnationale Führer Hugenberg (Rufe: „Schriftführer!“ — Heiterkeit) in seinem Brief an den früheren Reichskanzler von Papen gefordert. Die Deutschnationalen verlangten auch in der Notverordnung vom 3. Sept. die endgültige Aufhebung der Lohn- und Gehaltskürzungen. Die jetzige Debatte sei eine leere Demonstration, so lange nicht die Stellungnahme der Regierung zu den Anträgen bekannt sei. Die jetzige Regierungsmehrheit, die sich hinter den Kulissen schon zusammengefunden habe, hätte viel mehr Anlaß gehabt, sich gegen die sozialen Ungerechtigkeiten der Brüningregierung zu wenden. Da habe man aber aus Rücksicht auf das Zentrum geschwiegen. Die Deutschnationalen müßten Einspruch erheben gegen den nationalsozialistischen Antrag, der die sozialpolitische Vollmacht für die Regierung aufheben will. Ein solcher Antrag würde bei seiner Annahme die Arbeitnehmer schwer schädigen, weil er die Sozialversicherung vollständig den Roten und Schwarzen ausliefern würde. (Rufe bei den Nationalsoz.: „Sie sind ja gegen jede Sozialpolitik und nur für die Unternehmer!“) Wir nehmen die Sozialpolitik ernst und werden Anträge einbringen, die mit den sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnungen aufräumen wollen. Die Rede des Nationalsozialisten in dieser Debatte hat sich wenig von der des Kommunisten unterschieden. Wir wollen auch für die Kleinrentner Hilfsmaßnahmen. (Abg. Dr. Göbbels, Natl.-Soz.: „Sie haben doch durch Ihre Aufwertungsgesetze die Kleinrentner ruiniert!“) Wir wollen die Not unseres Volkes nicht zu politischer Agitation ausnutzen lassen. (Beifall bei den Deutschnationalen, Unruhe bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Schwarzer (Bayer. Vpt.): Die Bayer. Vpt. wollte ihre Hilfsbereitschaft durch die Tat in entsprechenden Anträgen beweisen.

Die sozialpolitische Aussprache wird darauf abgebrochen.

Vizepräsident Esser teilt unter großer Heiterkeit mit, daß **Dr. Hugenberg (Dn.) die Wahl zum Schriftführer nicht angenommen** hat.

Ohne Debatte werden **die Amnestieanträge dem Rechtsausschuß überwiesen.**

Dann vertagt sich der Reichstag auf Freitag.

Eine interfraktionelle kommunale Vereinigung

Wie in den früheren Sitzungsperioden des Reichstages, hat sich auch jetzt eine freie interfraktionelle Vereinigung von kommunal-interessierten Abgeordneten verschiedener Fraktionen gebildet, die zunächst folgende Persönlichkeiten umfaßt: Dr. Bell, Reichsminister a. D., Ritter von Epp, Direktor Laverrenz, Graf Quadt, Frau Dr. Matz.

Dr. Hugenbergs Ablehnung des Schriftführerpostens

Reichstagsabgeordneter Dr. Hugenberg hat an den Reichstagspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„Dem Herrn Reichstagspräsidenten Goering!

Die auf mich gefallene Wahl zum Schriftführer ist offenbar von einer schwarz-rotbraunen Mehrheit vollzogen. Es ist für mich nicht ohne Reiz, dies Zusammenwirken festzustellen. Das Vertrauen einer solchen Wahlgemeinschaft fürchte ich, nicht rechtfertigen zu können. Ich lehne daher die Wahl ab.

gez. Hugenberg.“

Die sterblichen Ueberreste des Herzogs von Reichsstadt werden nach Paris gebracht

Die sterblichen Ueberreste des Herzogs von Reichsstadt, Sohn Napoleons I., werden nach einer Ankündigung des „Paris Midi“ in absehbarer Zeit aus der Kapuzinergruft in Wien nach Paris übergeführt werden. Es sei den Bemühungen des „Königs von Rom“ gelungen, die Einwilligung der Exkaiserin Zita zu dieser Ueberführung zu erlangen.

Der Freiwillige Arbeitsdienst

Auf der Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages machte **Reichsarbeitsminister Dr. Syrup** Ausführungen über Wesen, Zweck und Erfolge des Freiwilligen Arbeitsdienstes.

Einleitend betonte der Reichsarbeitsminister, daß er in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst spreche. Er führte dann u. a. aus:

Als der Freiwillige Arbeitsdienst durch die Verordnung im Juli 1931 eingeführt wurde, galt es,

durch zusätzliche Arbeiten Hilfe für unsere arbeitslose werktätige Jugend

zu schaffen. Die Entwicklung des Freiwilligen Arbeitsdienstes ist zunächst zögernd und tastend vor sich gegangen. Im Oktober vorigen Jahres zählten wir rund 300 Arbeitsdienstwillige. Am 1. November d. J. war die Zahl von einer Viertelmillion bereits überschritten. Diese Zahl ist im November noch etwas gestiegen. Wir haben nunmehr

270 000 Arbeitsdienstwillige.

Beim Arbeitsdienst handelt es sich nicht etwa um eine Betätigung im erlernten Beruf, sondern um

eine körperliche Primitivarbeit, die von jedem Arbeitsdienstwilligen unbeschadet seiner Herkunft nach kurzer Eingewöhnung verrichtet werden kann.

Alle Erfahrungen zeigen, daß die Jugend nach einem derartigen Einsatz ihrer aufgespeicherten Körperkräfte verlangt. Die Arbeiten sollen auch möglichst auf dem Lande ausgeführt werden, um die Jugend wieder stärker mit der Natur zu verbinden. Weiterhin müssen die Arbeiten zweckvoll sein. Nutzlose Arbeiten ohne Aufbauziele würden den Arbeitswillen und den Arbeitsernst der Jugend schwer schädigen. Notwendig ist es, Leistungsergebnisse zu erzielen, jedoch weniger ausgesprochene Spitzenleistungen etwa durch Gewährung von Prämien. Weiter müssen die Arbeiten gemeinnützig und zusätzlich sein. Sie sollen

den Arbeitsmarkt nicht noch weiter einengen,

sondern Maßnahmen sein, die weder jetzt noch in absehbarer Zeit ohne Einsatz des Arbeitsdienstes vorgenommen werden können. Die Beachtung dieses Grundsatzes ist vor allen Dingen notwendig. — Die starke Entwicklung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, fuhr der Minister fort, habe dazu geführt, daß die dem Reichskommissariat zur Verfügung gestellten

Mittel von 45 Millionen RM. in den nächsten Wochen erschöpft

seien. Mit Zustimmung der Reichsregierung hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung jedoch weitere 25 Mill. RM. zur Verfügung gestellt. Ein Beschluß darüber, in welchem Ausmaß der Arbeitsdienst im nächsten Haushaltsjahr weitergeführt werden soll, konnte von der Reichsregierung bisher noch nicht getroffen werden. Vielfache Anregungen, die Kosten der Bekleidung, Ausrüstung usw. durch zentrale Massenbestellungen zu verbilligen, sind abzulehnen. Die Belebung der Wirtschaft, die auch durch den Arbeitsdienst erfolgen soll, soll sich örtlich und bezirklich auswirken. Nach den bisherigen Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß

im nächsten Haushaltsjahre mit einem durchschnittlichen Einsatz von 200 000 Arbeitsdienstwilligen gerechnet

wird. Insgesamt bedeutet dies eine Aufwendung von 200 Mill. RM. Würde man die Einberufung eines ganzen Jahrganges unserer männlichen Jugend in Betracht ziehen, so bedeutet das nach einem Abzug der körperlich Untauglichen einen Einsatz von mehr als 500 000 junger Leute und mithin eine Gesamtaufwendung von rund 500 Mill. RM. Diese Zahlen lassen schon von der finanziellen Seite her erkennen, daß die Forderungen auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht nicht leicht zu erfüllen sind, ohne daß der privaten Wirtschaft erneut große Geldmittel entzogen werden.

Zu der volkserzieherischen Seite

des Arbeitsdienstes führte der Reichsarbeitsminister u. a. aus, daß neben diese Werksarbeit die sinnvolle Ausnutzung der Freiheit, die der körperlichen und geistig sittlichen Ertüchtigung der jungen Menschen dienen soll, treten müßte. Der Reichsarbeitsminister wies insbesondere darauf hin, daß die

geistige Gemeinschaftsarbeit in den Arbeitslagern

in hohem Maße geeignet sei, die anfänglichen Gegensätze unter der Jugend zu lösen, gegenseitiges Verstehen zu erleichtern und die volkspolitische Erziehung der Jugend aus eigenem Wollen — über parteipolitische und weltanschauliche Bindungen hinweg — in die richtigen Bahnen zu lenken.

Bei der Frage

„Freiwilliger Arbeitsdienst oder Arbeitsdienstpflicht“

sei allein die Frage entscheidend: „Ist die weltanschauliche Grundlage des Arbeitsdienstes, die eine andere als die der früheren Wehrpflicht ist, trotz der Bewegtheit und politischen Zersplitterung unserer Jugend bereits so stark, daß die praktische Durchführung der zwangsweisen Arbeitsdienstpflicht ohne Gefahr schwerer innerer Spannungen unter den Dienstpflichtigen erfolgen kann? Wird der Geist der Kameradschaft und der Gemeinschaftsgedanke in den Arbeitslagern nicht durch widerstrebende Dienstpflichtige, deren Dienstleistung durch staatliche Zwangsmittel gesichert werden muß, beeinträchtigt?“ Der Reichsarbeitsminister betonte, erst dann, wenn man in vollem Bewußtsein der Verantwortung für unsere Jugend diese grundlegende Frage bejahe, könne man in weitere Erörterungen über die Arbeitsdienstpflicht eintreten.

Zum Schluß betonte der Reichsarbeitsminister, daß sich der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgesetzt habe.

Reichstags-Eindrücke

Vertagung bis Mitte Januar gilt weiter als sicher

Der zweite Tag dieser Reichstagstagung hat, wenn man von dem häßlichen Zwischenfall absieht, der auf der Tribüne begann und sich im Wandelgang fortsetzte, einen Verlauf genommen, der fast vollkommen früheren normalen Parlamentszeiten entsprach. Die Beratung der beiden Gesetzesanträge wurde ordnungsmäßig durchgeführt, und zwar so sehr, daß es allgemein eine Ueberraschung auslöste, als die Vertagung auf Freitag schon gegen 8 Uhr abends verkündet wurde, während man noch eine endlose Rednerliste erwartet und damit gerechnet hatte, daß es mindestens 10 oder 11 Uhr werden würde.

Angesichts dieser Entwickelung des Tages läßt sich das Ergebnis dahin zusammenfassen, daß der Eindruck sich verstärkt hat, wonach für Freitag die

Vertagung des Reichstages auf Mitte Januar erwartet werden kann.

Auf eine einfache Formel gebracht, liegen die Dinge folgendermaßen: Das Stellvertretungsgesetz macht keine Schwierigkeiten. Bei dem sozialpolitischen Fragenkomplex gehen die sozialdemokratischen Anträge am weitesten, weil sie die Aufhebung der ganzen Notverordnungen vom 14. Juni und vom 4. September verlangen. Schon am Mittwoch hat sich gezeigt, daß diese Anträge der Ablehnung verfallen werden. Dagegen werden die nationalsozialistischen Anträge, die sich auf die Aufhebung der lohn- und sozialpolitischen Bestimmungen beschränken, sicher angenommen werden. Konfliktstoff ergibt sich daraus also nicht. So kann sich — wenn nicht außergewöhnliche Zwischenfälle eintreten, an die man kaum glaubt — am Freitagabend der Reichstag bis Mitte Januar vertagen. Für diesen Ausgang der Reichstagstagung spricht u. a. auch

die Mehrheitsbildung,

die sich ergab, als von links der Antrag gestellt worden war, den Reichskanzler zu zitieren. Der Antrag wurde mit derselben Mehrheit abgelehnt, die schon am Dienstag in die Erscheinung getreten war. Man erwartet mit Bestimmtheit, daß der Reichstag bei den entscheidenden Abstimmungen am Freitagabend dasselbe Bild bieten wird.

Bei den Zusammenstößen zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstage sind, wie schon berichtet,

verschiedene Personen verletzt worden. Schwere Verletzungen haben insbesondere Kriminalbeamte erlitten,

die sich mit ausgebreiteten Armen zwischen die Streitenden stellten. Ein Beamter hat eine tiefe Kopfverletzung und einer eine Beschädigung des Ellenbogengelenks offenbar durch Würfe mit harten Gegenständen davongetragen. Die beteiligten Abgeordneten scheinen mit leichteren Verletzungen davongekommen zu sein. Bestimmt weiß man nur, daß der preußische Landtagsabgeordnete Lohse (Nat.-Soz.) und der Reichstagsabgeordnete Hörnle (Komm.) blutende Kopfverletzungen erlitten.

Im Aeltestenrat

ist über den Hergang bei den Zusammenstößen ausführlich gesprochen worden, ohne daß die Schuldfrage schon geklärt werden konnte. Feststellungen darüber werden überhaupt kaum möglich sein, da auf der Tribüne, von der die Unruhe ihren Ausgang nahm, ein wildes Durcheinander herrschte. Die Reichstagsverwaltung hat nach Vernehmung sämtlicher in Frage kommenden Beamten des Hauses und der Polizei einen ausführlichen Bericht fertiggestellt, der dem Präsidenten Goering vorgelegt werden wird.

Die Folgerungen aus dem Bericht zu ziehen, ist Sache des Präsidenten,

der im Hause das Hausrecht ausübt und Polizeigewalt hat. Die Reichstagsverwaltung bedauert die Vorgänge des Mittwoch insbesondere deshalb, weil sie ihren

Ausgang von einer bevorzugten Tribüne

nahmen, nämlich von der Empore, auf der Angehörige und Ehrengäste des Reichspräsidenten, der Reichsminister und anderer hoher Behörden Platz zu nehmen pflegen, und auf der sonst nur Mitglieder der Länderparlamente und des Reichswirtschaftsrats gegen Vorweisung ihrer Mitgliedskarte zugelassen werden. Daher ist anzunehmen, daß gegen eine Wiederholung solcher Vorfälle energische Maßnahmen getroffen werden. Wahrscheinlich wird auch Anweisung ergehen, daß bei ernstlichen Zusammenstößen nur uniformierte Polizeibeamte einschreiten.

Innenpolitisches

Der „Angriff“ bestreitet jede Tolerierungsabsicht

Der „Angriff“ wendet sich gegen die Behauptung eines Berliner Vormittagsblattes, die Nationalsozialisten hätten sich zur Tolerierung des Kabinetts Schleicher entschlossen und dafür eine nationalsozialistisch geführte Koalitionsregierung in Preußen eingetauscht. Das Blatt schreibt: Die NSDAP führt nach wie vor den schärfsten Kampf gegen das Kabinett Schleicher. Sie denkt nicht daran, der Regierung dadurch in die Hände zu arbeiten, daß sie es dieser nach dem Muster der Marxisten ermöglicht, den Reichstag zu einem Termin aufzulösen, der für die Opposition denkbar ungünstig liegt. Das Blatt kündigt dann an, die NSDAP werde das Kabinett dann zum Sturz bringen, wenn der Erfolg dieser Aktion auch wirklich eine Rettung für Volk und Vaterland bedeute, wenn also die Aussicht bestehe, daß an Stelle des Kabinetts Schleicher nicht etwas Schlimmeres, sondern etwas Besseres eingesetzt werden könne. Ob diese Aussicht vor oder nach Weihnachten gegeben sei, hänge von der jeweiligen Lage ab. Danach würden sich die Entschlüsse der NSDAP richten. Die NSDAP denke nicht daran, sich in Preußen in die Abhängigkeit vom Kabinett Schleicher zu begeben

Reichsrat erst nächste Woche

Die für Donnerstag vorgesehene Vollsitzung des Reichsrates ist wegen des katholischen Feiertages auf den Donnerstag nächster Woche verschoben worden. Zu diesem Zeitpunkt werden dann auch schon die Beschlüsse des Reichstages über die zur Beratung stehenden Initiativgesetze vorliegen, die nach der Verabschiedung im Reichstage noch der Genehmigung des Reichsrates bedürfen. Von besonderer Bedeutung kann hierbei möglicherweise die Stellungnahme des Reichsrates zu den Reichstagsbeschlüssen über eine Amnestie werden, sofern diese Beschlüsse einen Rahmen überschreiten sollten, der sowohl von der Reichsregierung wie auch von der Mehrzahl der Länderregierungen nicht gebilligt werden könnte.

Arbeitsbeschaffung für den gewerblichen Mittelstand

Eine Eingabe des Christlich-sozialen Volksdienstes

Die Reichsführung des Christlich-sozialen Volksdienstes hat der Reichsregierung eine Eingabe übersandt, in der sie fordert, daß in das Programm der Arbeitsbeschaffung im Interesse der Belebung der Wirtschaft die zur Verfügung stehenden Geldmittel, insbesondere für das Handwerk und den gewerblichen Mittelstand eingesetzt würden.

Der Christlich-soziale Volksdienst erhebe stärkste Bedenken, daß die durch die Außerkraftsetzung vom 4. September d. J. ersparten Neueinstellungsprämien von 700 Millionen RM. — wie in der Presse mitgeteilt werde — zur Finanzierung sogenannter „zusätzlicher Arbeit“ verwendet werden sollten. „Zusätzliche Arbeit“ sei unter Berücksichtigung der Zeitlage unwirtschaftlich. Die ersparten 700 Millionen Mark Steuergutscheine sollten für das Handwerk, insbesondere für das Bauhandwerk verwendet werden. Den Gebäudebesitzern sei zu gestatten, im Rahmen ihrer Hauszinssteuer die für Reparaturen an Gebäuden etc. gezahlten Beträge auf die fällige Hauszinssteuer ganz in Anrechnung zu bringen. Die an Stelle von Barzahlung der Hauszinssteuer eingehenden Rechnungen der Handwerker seien vom Reich durch Steuergutscheine einzulösen. Durch eine derartige Regelung würden außerordentlich zahlreiche Handwerkszweige Beschäftigung erhalten und der Steuergutschein auf dem Wege über die Hauszinssteuer der Arbeitsbeschaffung für Mittelstand und Arbeitnehmer nutzbar gemacht werden.

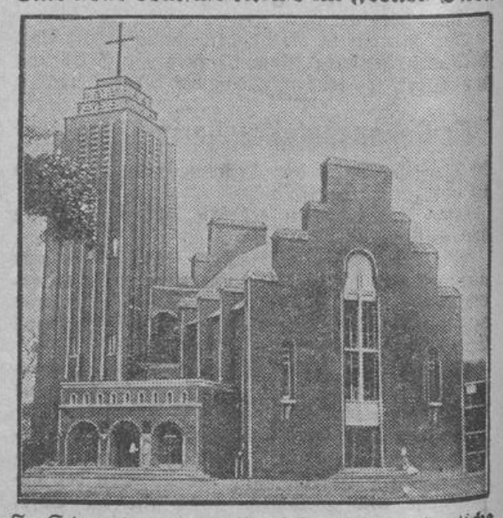
Trotzki in Marseille

Trotzki, der Mittwoch früh mit dem italienischen Dampfer „Campidoglio“ Marseille verlassen sollte, hat im Laufe der Nacht plötzlich verlangt, mit seinen Begleitern an Land gebracht zu werden. Nach längeren Verhandlungen mit einem Sonderkommissar der Polizei wurden Trotzki und seine Begleitung in ein Hotel im Zentrum Marseilles gebracht. Jede Verbindung mit der Außenwelt ist ihnen verwehrt. In der Stadt war das Gerücht verbreitet, Trotzki lehne es ab, auf dem Seewege nach Konstantinopel zurückzukehren. Er habe um die Erlaubnis ersucht, die Eisenbahn benutzen zu dürfen.

Rücktritt des finnischen Kabinetts

Das finnische Kabinett ist zurückgetreten, da sich der Präsident der Republik geweigert hatte, das Gesetz über eine Regelung der Pfandbriefzinsen zu vollziehen. Das Gesetz war von der agrarischen Mehrheit im Kabinett eingebracht worden.

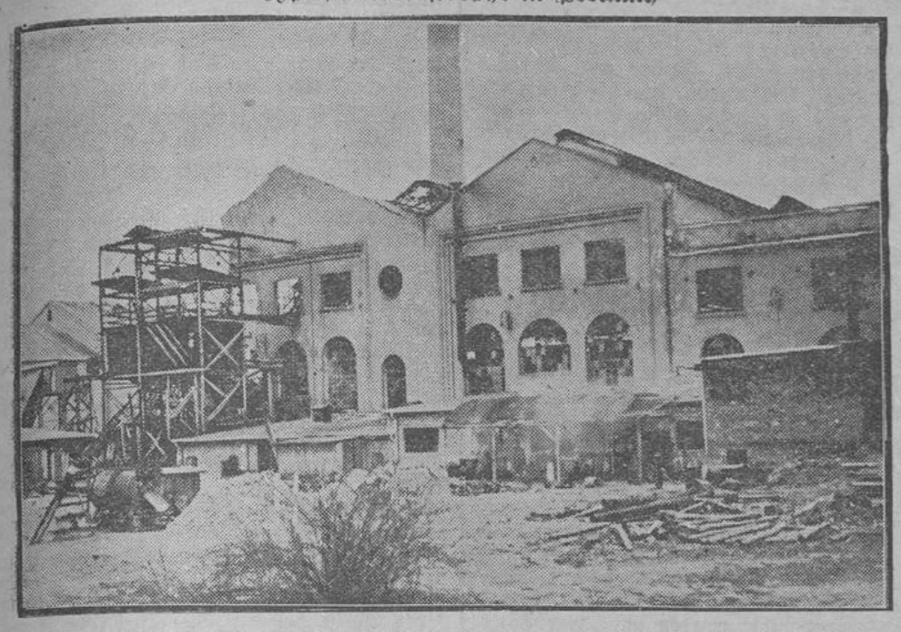
Eine neue deutsche Kirche im Fernen Osten



In Schanghai wurde kürzlich eine neue deutsche Kirche eingeweiht. Am Eingang des in roten Klinkern ausgeführten Baues befindet sich eine Gedächtnishalle mit Erinnerungstafeln für die im Boxeraufstand und während des Weltkrieges gefallenen Deutschen

Unglücke fordern Todesopfer

Explosionskatastrophe in Premnitz



Unser Bild zeigt das zerstörte Werkgebäude der IG Farben bei Rathenow, wo bisher acht Tote und sechs Schwerverletzte geborgen wurden

Aus Rathenow, 7. Dez., wird berichtet: Bei Bauarbeiten im Premnitzer Werk der I. G. Farben, die von einer Rathenower Baufirma ausgeführt werden, ereignete sich heute vormittag kurz nach 9 Uhr ein schweres Explosionsunglück. Beim Schweißen explodierte eine Wasserstoff-Flasche und zerriß eine Gruppe von acht bis neun Arbeitern vollkommen. Einige Verunglückte wurden bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, so daß bisher noch nicht festgestellt werden konnte, um wen es sich bei den Toten handelt. Der größte Teil der Arbeiter — darunter zwei Lehrlinge — stammt aus Rathenow. Die Unfallstelle macht den Eindruck schwerster Verwüstung. Dächer und Fensterscheiben in weitestem Umkreise sind zerstört. Es ist nicht ausgeschlossen, daß unter den Trümmern noch weitere Verunglückte liegen. Die Zahl der Verletzten steht noch nicht fest.

Eine Mitteilung der Verwaltung der J. G. Farben vom 7. Dez. berichtet:

Bei Umänderungen an einem Bau, wo die Schlosser damit beschäftigt waren, einen Träger mit Schneidebrennern zu durchschneiden, entstand aus noch ungeklärten Gründen eine Explosion. Die Ursache scheint eine Gasflasche zu sein. Bis jetzt sind 7 Tote festgestellt. Vier Arbeiter wurden verletzt. Daß unter den Trümmern noch Verunglückte liegen, ist nicht ausgeschlossen, aber nicht anzunehmen. Der Betrieb ist vorläufig stillgelegt, wird aber morgen oder übermorgen die Arbeit wieder aufnehmen. Die Belegschaft von Premnitz beträgt 1850 Mann.

Drei Todesopfer einer Familientragödie in Amsterdam

Als ein Zeitungsausträger in Amsterdam seine am Afrikanerplatz gelegene Wohnung betrat, fand er seine 30jährige Frau und zwei Kinder im Alter von ein und zwei Jahren bewegungslos am Boden liegend. Gleichzeitig nahm er starken Gasgeruch wahr. Er alarmierte die Rettungskolonne, die mit Sauerstoffapparaten Wiederbelebungsversuche anstellte, die erfolglos blieben. Weshalb die Frau mit ihren beiden Kindern freiwillig in den Tod ging, konnte noch nicht festgestellt werden.

Eine Fähre gesunken — Elf Tote

Auf der Meretva ist eine Fähre, die den Verkehr zwischen der Eisenbahnstation Buna südlich von Mostar und der am anderen Ufer des Flusses gelegenen Stadt Buna vermittelte, gesunken. Elf Passagiere ertranken, nur einer konnte sich retten.

Erdrutsch im Departement Aveyron

„Journal" berichtet aus Toulouse, daß sich bei den Höhenzügen von Cransac (Departement Aveyron) ein Abgleiten der Erde bemerkbar macht. Nach Beobachtungen der Ingenieure rückt der Berg stündlich etwa 20 Zentimeter vor. Hundert Arbeiter sind bereits angestellt, um dafür zu sorgen, daß die Eisenbahnlinie Rodez—Capdenac nicht gefährdet wird. Auf alle Fälle ist man jedoch schon damit beschäftigt, ein zweites Gleis anzulegen, und man hat bereits einen Automobil-Umlegeverkehr zwischen den Bahnhöfen von Cransac und Aubin in Betrieb genommen.

In derselben Gegend hatten sich 1845, als dort eine Eisenbahnlinie gebaut wurde, Erdrutsche gezeigt. Damals erfolgte ein solcher während der Arbeiten, und dabei sind hundert Arbeiter ums Leben gekommen.

Morde und Mordverdacht

Dreifache Kindesmörderin festgenommen

Aus Gemünden a. M. wird berichtet: In Völkersleier wurde die Arbeiterin Anna Guthermut wegen Kindesmord in Haft genommen. Die Festgenommene hat im Gefängnis ein Geständnis abgelegt, daß sie insgesamt drei Kinder ums Leben gebracht habe. Die Nachforschungen im Keller des Gemeindehauses bestätigten diese Selbstbezichtigung. Drei Skelettreste von Kindern wurden zutage gefördert. Die Guthermut hat noch zwei Söhne im Alter von elf und fünfzehn Jahren, die von dem furchtbaren Treiben ihrer Mutter nichts wissen wollen. Sie gaben an, daß sie zwar einmal Kindesschreie gehört hätten.

Als des Mordes in Wahrendorf dringend verdächtig

wurden der 22jährige Gärtner Rommel aus Augsburg in Bayern und die Wirtschaftsgehilfin Johanna Degen aus Mainz festgestellt. Beide wohnten bis zum 15. November bei dem ermordeten Moeller und sind kurz nach der Tat von Wahrendorf angeblich nach Augsburg abgereist. Sie konnten dort bisher nicht ermittelt werden.

Seine Frau erhängt

Aus Berlin wird berichtet: Der Todesfall in der Reichenberger Straße 116 konnte durch das Geständnis des Musikers Max Gronwald geklärt werden. Danach hat Gronwald, der am Sonnabend angetrunken nach Hause gekommen war, mit seiner Ehefrau Elise Auseinandersetzungen wegen seines Zustandes gehabt. Frau Gronwald habe nach heftigen Vorwürfen die Wohnung verlassen und ihre Ersparnisse in Höhe von 540 Dollar und 180 RM mitnehmen wollen. Gronwald ist, nach seinen weiteren Aussagen, darüber in so starke Erregung geraten, daß er blindlings mit einer Kleiderbürste zweimal auf seine Gattin eingeschlagen hat. Danach habe er Hanfbindfaden aus dem Küchenspind entnommen, seine Frau damit gewürgt und dann erhängt. Seine Vorkehrungen, um diese Tat zu vertuschen, waren dem Befund zufolge jedoch mißlungen.

Geständnis des Angeklagten im Mordprozeß Just

Im Mordprozeß Just in Görlitz legte der Angeklagte das Geständnis ab, seine zweite Frau im Jahre 1930 und die Familie Groba durch Arsenik vergiftet zu haben. Seine zweite Frau will er vergiftet haben, weil seine Schwiegermutter gedroht habe, ihm ihre Tochter wieder wegzunehmen.

Achtjähriger Knabe bestialisch getötet

In Rastenburg in Ostpreußen wurde der vermißte achtjährige Benno Hafke mit durchschnittener Kehle auf einem von der Ludwig-Diehl-Straße nach der Siedlung Holz führenden Weg ermordet gefunden. Der Knabe ist der Sohn des Schlossers Hafke aus der Angerburger Straße in Rastenburg. Die umgehend an den Tatort geeilte Mordkommission stellte fest, daß an dem Knaben in der bestialischsten Art ein Mord begangen worden ist. Der Schneefall, der bei dieser gelinden Witterung den Boden aufweichte und dazu alles zudeckte, hat sämtliche Spuren, die zur Ermittlung des Täters führen könnten, verwischt.

Empfänge beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident empfing zur Verabschiedung den bisherigen Reichsminister des Innern, Freiherr von Gayl, den bisherigen Reichsarbeitsminister Schaeffer und den mit der Wahrnehmung der Geschäfte der bayerischen Gesandtschaft in Berlin beauftragten Ministerialdirektor Sperr.

Debatte im Völkerbund

In der Vormittagssitzung der Völkerbundsversammlung am Mittwoch, an der wiederum der deutsche und der englische Außenminister teilnahmen, sprachen der spanische Botschafter de Madariaga, der schweizerische Bundespräsident Motta und der griechische Delegierte Politis, die den chinesisch-japanischen Konflikt vom Standpunkt des Völkerbundes aus behandelten.

Nachmittags sprachen u. a. der französische Kriegsminister Paul Boncour und der englische Außenminister Sir John Simon zu dem chinesisch-japanischen Konflikt. Paul Boncour legte Wert auf die Feststellung, daß man aus den Schwierigkeiten, denen der Völkerbund bei der Behandlung des ostasiatischen Konfliktes gegenüberstehe, nicht schließen dürfe, daß ähnliche Vorgänge in Europa möglich seien. Der sehr objektive Bericht der Untersuchungskommission müsse den festen Boden der gegenwärtigen Beratungen bilden. Sir John Simon meinte, die tatsächlichen Feststellungen des Berichtes sollten möglichst vorteilhaft im Sinne der Aussöhnung ausgenutzt werden. England hoffe, die Nützlichkeit des Völkerbundes durch Förderung der Verständigung zwischen den beiden großen Ländern beweisen zu können.

Eine Erklärung des deutschen Außenministers

Im Verlauf der Aussprache der Völkerbundsversammlung über den chinesisch-japanischen Konflikt gab **Reichsaußenminister Freiherr von Neurath** eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Es ist überflüssig, noch einmal zu betonen, welche entscheidende Bedeutung dieser Streitfall über das Interesse der beiden beteiligten Staaten hinaus für die Zukunft des Völkerbundes selbst, für sein Ansehen und für die Möglichkeit seiner Wirksamkeit hat. Es ist doch wohl im innersten Grunde nicht ein bloßer Zufall, daß der Völkerbund jetzt in doppelter Weise in ein kritisches Stadium seiner Entwicklung gebracht worden ist.

Neben dem mandschurischen Konflikt harrt hier in Genf ein anderes Problem der Lösung, das die ganze Welt bewegt. Dieses andere Problem steht hier nicht zur Diskussion, aber die Betrachtung des mandschurischen Konfliktes zwingt uns dazu, uns neben den von mir angedeuteten allgemeinen Gesichtspunkten eine andere fundamentale Wahrheit vor Augen zu halten. Wollen wir eine wirklich sichere Gewähr dafür schaffen, daß künftig Konflikte nicht nach machtpolitischem Ausgleich drängen, sondern daß sie ohne Einsatz militärischer Machtmittel eine gerechte und billige Regelung finden, wollen wir, daß die Autorität des Völkerbundes für diesen seinen höchsten Zweck gestärkt wird, so müssen wir dafür sorgen, daß ein völliger Ausgleich der militärischen Machtmittel aller Staaten stattfindet. Dieser Ausgleich ist die erste und unbedingte Voraussetzung für eine wirksame Sicherstellung friedlicher Streitschlichtung, eine Voraussetzung, ohne deren Verwirklichung alle juristischen Mittel, welcher Art sie auch sein mögen, problematisch bleiben.

v. Neuraths Verhalten

Das Contibüro verbreitet aus Berlin folgende Darlegungen:

In Berichten der Presse über die Genfer Besprechungen in der Gleichberechtigungsfrage ist davon die Rede, daß Reichsaußenminister Freiherr von Neurath in Berlin angefragt habe. Das trifft, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, nicht zu. Freiherr von Neurath hat seinen Genfer Verhandlungspartnern lediglich mitgeteilt, daß er die Reichsregierung informieren werde, und daß er sich die Dinge erst überlegen müßte, ehe er Stellung nehmen könnte. Wenn in einigen Zeitungen die Abreise Neuraths aus Genf gefordert wird, so muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß der deutsche Außenminister ja nicht nur zur Besprechung der Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage nach Genf gekommen ist, sondern daß auch andere wichtige Fragen, so beispielsweise die Mandschureifrage, erörtert werden müssen.

Die deutsche Stellung in der Gleichberechtigungsfrage, die sich in nichts geändert hat, ist einwandfrei und klar. Es handelt sich bei den erwähnten sogenannten deutschen Vorschlägen nicht um eigentliche Vorschläge, sondern um ein Resumee, das von der deutschen Delegation über den Stand der Dinge aufgestellt worden ist, wie sie sich in der vorletzten Woche vor der Abreise des Reichsaußenministers nach Berlin dargestellt haben. Auch der immer wieder erwähnte sogenannte Norman-Davis-Plan ist kein Plan im eigentlichen Sinne, sondern stellt lediglich einen Rahmen dar, in den eine Zwischenlösung der Abrüstungsfrage hineingearbeitet werden soll. Der amerikanische Vorschlag ist dem Freiherrn von Neurath auch nicht als ein fait accompli vorgelegt worden, sondern wurde nur als ein nützlicher Weg zu weiteren Verhandlungen bezeichnet.

Krieg in der Mandschurei 3000 Chinesen interniert

Die Zahl der auf sowjetrussisches Gebiet übergetretenen hinesischen Soldaten der Armee Supingwen beträgt 3000. Die Soldaten wurden entwaffnet und interniert.

Japans Vormarsch

Wie Reuter aus Tschangtschun meldet, hat die japanische Armee, die den Kampf gegen General Supingwen führte, die Stadt Mandschuria in der Nähe der sowjetrussischen Grenze besetzt.

Einer anderen Meldung zufolge soll General Matschangtsches als Kuli verkleidet im Gefolge von Supingwen auf sowjetrussisches Gebiet geflüchtet sein.

Wiederaufnahme des Verkehrs auf der ostchinesischen Eisenbahn

Aus Tokio, 7. Dez., wird berichtet: Die militärische Aktion gegen General Supingwen hat es ermöglicht, daß heute der Verkehr auf der ostchinesischen Eisenbahn wieder vollständig aufgenommen werden konnte. Dadurch ist die Verbindung mit Europa wieder hergestellt worden, die seit mehr als zwei Monaten unterbrochen war.

Deutschlands Vertreter zunächst Zuhörer

Das Wolffbüro meldet am 7. Dezember: Die Sitzung der Fünf-Mächte-Konferenz am Mittwoch war nur von kurzer Dauer. Die Besprechungen, die auf den Spätnachmittag vertagt wurden, bezogen sich auf die technische Behandlung des materiellen Teils des Norman-Davis-Plans. Der deutsche Vertreter, Gesandter von Weizsäcker, beschränkte sich gemäß der grundsätzlichen Einstellung Deutschlands, das an der Diskussion über materielle Rüstungsfragen zurzeit nicht teilnehmen kann, und das den Norman-Davis-Plan abgelehnt hat, lediglich darauf, den Verhandlungen als Zuhörer zu folgen.

Eröffnung des Schelde-Tunnels

In Anwesenheit des Bürgermeisters van Cauwelaert und des Gouverneurs von Antwerpen wurde am Dienstag der Fußgängertunnel, der unter der Schelde hindurchführt, feierlich eröffnet. In den Reden betonte man die Wichtigkeit der Verbindung der beiden Scheldeufer für das Wirtschaftsleben der Stadt. Die Unterführung ist 570 Meter lang und senkt sich von beiden Seiten bis zu einer Tiefe von 37 Meter. Der innere Durchmesser des Tunnels beträgt 4,30 Meter. Mechanische Treppen und Aufzüge an beiden Ufern ermöglichen den Durchgang von 16 000 Personen in der Stunde.

Der Haushaltsplan der USA

Präsident Hoover unterbreitete dem Bundeskongreß den Haushaltsplan für das Etatsjahr 1934. Er schätzt die Einnahmen auf 2949 Millionen Dollar, die Ausgaben ohne Schuldendienst auf 3256 Millionen. Das Defizit von 307 Millionen Dollar soll durch Ausgabeneinschränkungen durch weitere Kürzung der Bundesbeamtengehälter und durch eine indirekte Steuer von 2¼ Prozent gedeckt werden. Für die Landesverteidigung seien 586 Millionen Dollar gegenüber 632 Millionen im laufenden Etatsjahr angesetzt. Die Zahl der Armeeflugzeuge soll auf 1537 erhöht werden. Für die Marine werden im neuen Etatsjahr 330 Millionen Dollar gegenüber 358 Millionen im Vorjahr veranschlagt.

Politischer Beleidigungsprozeß

Vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin haben sich der Hauptschriftleiter des Deutschen Schnelldienstes, Kames, und der verantwortliche Redakteur der „Deutschen Zeitung", Zeitz, wegen übler Nachrede, begangen durch die Beschuldigung, der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Wels, habe dem englischen Außenminister landesverräterische Mitteilung gemacht, zu verantworten. Die Anklage geht auf einen Strafantrag des Abgeordneten Wels zurück, der vor dem Hoover-Moratorium bei Henderson gewesen ist und mit dem damaligen englischen Außenminister in Gegenwart des „Vorwärts"-Redakteurs Schiff konferierte, um die englische Regierung zu einer Hilfeleistung für Deutschland zu bewegen. Im Gegensatz zur Behauptung der beiden Angeklagten seien aber, wie auch in der Anklageschrift festgestellt wird, keinerlei Zusicherungen über den Bau des Panzerkreuzers B gemacht worden.

Der Prozeß gelangt erst jetzt zur Durchführung, weil der angeklagte Redakteur Kames gegen Wels Strafanzeige wegen Landesverrats gestellt hatte; bis zum Ausgang dieses Verfahrens, das kürzlich durch den Oberreichsanwalt eingestellt wurde, ist der Beleidigungsprozeß ausgesetzt worden.

Der Verteidiger Dr. Everling hat sich vorbehalten, den früheren Reichskanzler Dr. Brüning, den früheren Reichswehrminister Dr. Groener und Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath als Zeugen heranzuziehen.

Kames erklärt sich bereit, eine Erklärung abzugeben, wonach er den Vorwurf des Landesverrates nicht erhoben habe; falls jemand diesen Vorwurf in dem Artikel erblickt habe, nehme er ihn mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Dagegen erklärte Zeitz, daß die Aussagen des Abgeordneten Wels ihn davon überzeugt hätten, daß die Behauptungen seines Artikels der Wahrheit entsprechen. Er müsse von sich aus einen Vergleich ablehnen.

Zunächst wurde dann über einen Vergleichsvorschlag bezüglich des Artikels „Führung" verhandelt, der aber nicht zustande kam, weil Kames in der Erklärung ausgedrückt haben wollte, daß der Artikel „Führung" sich in der Hauptsache dagegen gewandt habe, daß neben der Regierung noch die Nebenregierung einer Partei Verhandlungen führe.

Nach stundenlangen Beratungen und Vergleichsvorschlägen wurde die Verhandlung auf den 16. Dezember vertagt in der allseits erwarteten Annahme, daß bis dahin der dem Reichstag vorliegende Amnestieantrag eine erneute Aufrollung dieses politischen Beleidigungsprozesses überflüssig machen werde.

Kleine polit. Nachrichten

Reichstagsabgeordneter Veller aus der Haft entlassen

Am Mittwochmorgen traf bei der Wuppertaler Justizbehörde die telegraphische Anweisung des preußischen Justizministers ein, den wegen der Schießerei in Wuppertal in Untersuchungshaft befindlichen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Veller aus der Haft zu entlassen.

Das katalanische Parlament

wurde mit einer feierlichen Sitzung eröffnet. Präsident Macia hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er auf die Traditionen des katalanischen Volkes hinwies und das Wort auch an die „übrigen Völker, die den spanischen Staat bilden", richtete. Er wünschte diesen Völkern die gleiche Freiheit, die Katalonien für sich wünsche, und bezeichnete als die Ideale Kataloniens: Die Freiheit, die Gerechtigkeit und den Frieden. Sein heißester Wunsch sei, daß Barcelona eines Tages die Hauptstadt des Weltfriedens werden möge.

Westdeutsches

Bonn. Generaldirektor Walther Gottschalck gestorben. Der Generaldirektor des Bonner Bergwerks- und Hüttenvereins, Walther Gottschalck, ist nach kurzer Krankheit im Alter von 57 Jahren gestorben. Gottschalck war nicht allein in der deutschen Zementindustrie, sondern in der gesamten übrigen Wirtschaft bekannt und geschätzt. Seit 1905 war er Leiter des Werkes, das unter seiner Führung durch weiteren Ausbau ein hochentwickeltes und mit neuzeitlichen technischen Einrichtungen versehenes industrielles Unternehmen wurde. Neben der Leitung des Werkes war Gottschalck die Mitarbeit in verschiedenen Ausschüssen der deutschen Zementindustrie und beim Verein deutscher Portland-Zementfabriken übertragen. Mehr als fünf Jahre war er Vorsitzender des Industriellenverbandes in Bonn. Weiter lag der Vorsitz der gesamten Steinbruchberufsorganisation in seiner Hand

Krefeld. Fischdiebstähle in städtischen Teichen. Die Fischdiebstähle aus den Teichen der städtischen Grünanlagen haben einen derartigen Umfang angenommen, daß der Oberbürgermeister eine Belohnung für die Ermittlung der Täter ausgesetzt hat. Organisierte Banden, so sagt der Pressedienst der Stadt, mit Netzen ausgerüstet, sind in den Nachtstunden am Werk, und trotz aller Maßnahmen ist es bisher nicht möglich gewesen, den Dieben das Handwerk zu legen.

Idar. Aufhebung des Postamts Idar? Gerüchtweise verlautet, daß die Aufhebung des hiesigen Postamts aus Ersparnisgründen demnächst erfolgen soll. Es soll lediglich eine Verteilungsstelle des Postamts Oberstein hier verbleiben. Die Stadtverwaltung und die Vertretungen von Handel, Industrie und Handwerk protestieren gegen dieses Vorhaben. Der Plan der Auflösung des Idarer Postamts wurde bereits vor einigen Jahren erwogen.

Düren. Die Stadt ohne Beigeordnete. Der zweite Beigeordnete der Stadt Düren, Peter Schmitz, schied am 7. Dezember aus den Diensten der Stadt aus. Schmitz kam 1920 von der Stadtverwaltung Essen nach Düren, wo er zwölf Jahre lang seinen Posten versah. Während des Ruhrkampfes leitete er vorübergehend die Geschicke der Stadt. Später war er als Wohlfahrtsdezernent tätig. Nach seinem Austritt steht Düren ohne Beigeordnete da, nachdem der 1. Beigeordnete, Stadtbaurat Dauer, nach Ablauf seiner Dienstzeit ausgeschieden war. Die beiden freigewordenen Stellen sollen demnächst wieder neu besetzt werden.

Saarburg. Der neue Saarwein eine Mittellage. Nach dem Abschluß der Hauptgärung des Heurigen lassen die ersten Proben auf einen Mittelwein schließen. Die Erwartungen sind stellenweise nicht ganz erfüllt worden. Die Preise sind rasch auf 7—800 Mark je Fuder vereinzelt auf 1000 Mark gestiegen, dürften aber jetzt ihren Höhepunkt erreicht haben.

Mainz. Durch Huftritt schwer verletzt. Als nachmittags der 35jährige Landwirt Karl Schmitt in Finthen den Pferdestall betrat, um zu füttern, schlug das Pferd aus und traf den Eintretenden mitten ins Gesicht. Dem Getroffenen, der von seinen Angehörigen bewußtlos aus dem Stall gebracht wurde, war fast die ganze Nase abgeschlagen. Außerdem wurde er durch den Huftritt ins linke Auge getroffen, das vollständig zerstört wurde. Der Schwerverletzte mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

Gelsenkirchen. Senkung der Hypothekenzinsen. Die Städtische Sparkasse setzte mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober ab den Zinsfuß für Hypotheken, mit Ausnahme der gesetzlich festgesetzten Aufwertungshypotheken, von 6 auf 5½ Prozent herab. Die Geschäftskredite wurden vom 1. Oktober um 1½ Prozent herabgesetzt. Weiter wurde beschlossen, 10 000 RM. für 2000 notleidende Familien zu Weihnachten zur Verfügung zu stellen.

Bottrop. Raubüberfall auf zwei Verkäuferinnen. Abends gegen 20,30 Uhr wurden auf der Horster Straße zwei Verkäuferinnen des Kolonialwarengeschäftes Sporkmann von zwei jungen Burschen im Alter von 18 bis 20 Jahren auf der Horster Straße überfallen. Die beiden Mädchen wurden von den Räubern zu Boden geworfen. Einer der Täter entriß sodann einem Mädchen die Aktentasche, in der sich die Tageseinnahme von 185 RM. befand. Hierauf ergriffen die Burschen die Flucht und konnten auch entkommen.

Vom Parteigenossen getötet

Die Vorfälle in Lohrsdorf

Vor einigen Wochen kam es, wie wir seinerzeit berichteten, in Lohrsdorf bei Bad Neuenahr mitten in der Nacht zwischen durchfahrenden Nationalsozialisten und einer Anzahl Ortseinwohner, die der Kommunistischen Partei angehörten, zu einem Zusammenstoß. Bei der sich entwickelnden Schlägerei wurde ein der KPD. nahestehender junger Mann so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Die eingehende Untersuchung hat nun zu dem überraschenden Ergebnis geführt, daß der tödliche Schlag von einem Lohrsdorfer Einwohner ausgeführt worden ist. Der Täter wurde in Haft genommen.

Der Stand der internationalen Rheinschiffahrtsverhandlungen

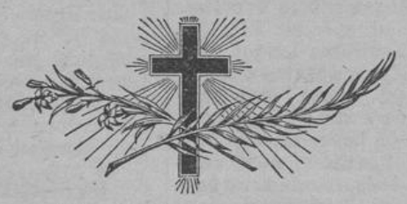
In der Vollversammlung der niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel berichtete der Präsident der Kammer, Generaldirektor Dr. Welker, über den gegenwärtigen Stand und die Aussichten der internationalen Rheinschiffahrtsverhandlungen. Die Annahme des Jägerplanes wurde als die zurzeit einzig mögliche Lösung bezeichnet, obwohl von gewissen, den Partikulierschiffern nahestehenden Kreisen dagegen in ablehnendem Sinne Stellung genommen werde. Am 3. und 10. Dezember würden Sitzungen der Studienkommission und der deutschen Rheinreedereien stattfinden. Hiernach werde der Plan aller Wahrscheinlichkeit nach den einzelnen Reedereien und Partikulierschiffern zur Stellungnahme unterbreitet werden.

Hessisch-Preußischer Steuerkrieg

Die hessische Schlachtsteuer und der Frankfurter Markt

Am 1. Dezember ist auch in Hessen die Schlachtsteuer eingeführt worden. Während nun die anderen deutschen Länder, die am 1. Dezember die Schlachtsteuer eingeführt haben, von der Ausgleichssteuer befreit sind, ist das bei Hessen nicht der Fall, da ein Gegenseitigkeitsabkommen bis jetzt noch nicht abgeschlossen worden ist. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, da die preußische Regierung die hessischen Schlachtsteuersätze für zu niedrig hält und daher befürchtet, daß das hessische Fleisch infolge seiner geringeren Belastung dem preußischen zu starke Konkurrenz macht.

So ist denn jetzt ein hessisch-preußischer Steuerkrieg ausgebrochen. Die Empfänger der aus Hessen nach Frankfurt eingeführten Fleisch- und Wurstwaren müssen die eingeführten Waren unter Angabe der Art und des Gewichts innerhalb einer Woche bei der Steuerstelle in Frankfurt laufend anmelden. Das gilt auch für die vielen Schinken und Würste, die gerade jetzt aus Hessen als „Christkindchen" kommen, ebenso für die „Frankfurter" Würstchen aus Neu-Isenburg. Sehr ernst hat sich die hessiche Schlachtsteuer auf dem Frankfurter Hauptmarkt am Montag ausgewirkt. Die Preise gingen infolge der starken Zurückhaltung sehr zurück und lagen zum Schluß weit unter den amtlich notierten Marktpreisen. So wurden Kühe zu 8 Pfg. das Pfund verkauft, Kälber zu 16 Pfg.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen meinen innigstgeliebten Mann, unseren herzensguten Vater, meinen lieben Bruder, unsern Schwager und Onkel

Herrn Justizrat Paul Videnz

Notar

Major der Res. a. D., Inhaber hoher Orden

im Alter von 71 Jahren, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, zu sich zu rufen.

In tiefer Trauer:

Frau Helene Videnz, geb. Schmitt
Maria Videnz
Hildegard Videnz
nebst Anverwandten.

Burscheid (Bez. Düsseldorf), den 7. Dezember 1932.

Die feierlichen Exequien finden Samstag, vormittags 7.30 Uhr, in der hiesigen Pfarrkirche, die Beerdigung Samstag, nachmittags 3 Uhr, statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir absehen zu wollen.



Am 7. Dezember verschied nach längerem Leiden unser hochverehrter Chef

Herr Justizrat

Paul Videnz

im Alter von 71 Jahren.

Der Entschlafene war uns stets ein väterlicher und gerechter Vorgesetzter, dessen Andenken wir in hohen Ehren halten werden.

Die Angestellten des Notariats Burscheid

Echt bulgarischer
Knoblauchsaft
bewährt bei
Arterienverkalkung
Rheumatismus
hohem Blutdruck
Herzbeschwerden
Asthma, Hämorrhoiden
Leber- und Gallenleiden
Maden- und Spulwürmer
Fl. 1.20 Mark.
Central-Drogerie und Fotohaus
Albert Lonnoy
Burscheid, Hauptstraße 15.

Jazz-Trio
sucht für Sonntags Beschäftigung. Billige Preise. Offerten unter K. W. 500 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Turngemeinde Burscheid e. V.
Kreis 8 b Bergischer Gau
Samstag, 10. Dezember, abends 8.30 Uhr, findet in der Turnhalle die
Jahres-Haupt-Versammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht.
2. Wahlen.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Der Turnrat.

Geld für alle Zwecke
auch für Neukauf von Möbeln, landw. Maschinen und Vieh bei kleinsten Rückzahlungsraten bis 6 Jahre zu 4 % Jahreszinsen.
Phöbus Aktiengesellschaft
Bez. Rhein-Wupper
Köln, Hochstadenstr. 35.

Achtung! Achtung!



Es wird am **Freitag, den 9. Dezember,** vormittags von 9 bis 11 Uhr, an der Wirtschaft **H. Prante, Hilgen,** und von 12 bis 1 Uhr, an der Wirtschaft **Hugo Fischer, Wermelskirchen,** am Bahnhof, ein großer Transport von zirka 100
oldenb. Schweinen
das Stück von 5 RM an, auch größere Läuferschweine, das Pfund zu 40 Pfennig, verkauft.
Nehme auch Schlachtgeflügel in Tausch.
Joh. Kutsch, Bossel
in Westfalen.

In schön geleg. ruh. Haus in **Hilgen** unweit **Dünweg** sofort u. 1. Febr. zu vermieten
2 Zimmer-Wohnung
schön geräumig u. abgeschloss., monatlich 24 Mark.
2 Zimmer-Wohnung
(i. Dachgeschoß) schöne Zimmer mit graden Fenstern, Wasserleitung, elektr. Licht, monatlich 18 Mark.
Architekt Badermann
Hilgen, Dabringhauserstr.



Die „Geflügel-Börse" Leipzig
die älteste und größte deutsche Geflügelzeitung mit ihren weiteren Fachgebieten / **Taubenzucht / Hundezucht / Kaninchen- und Pelztierzucht / Vogelliebhaberei / Haus-, Hof-, Garten- und Landwirtschaft**
erscheint reich illustriert 2 mal wöchentlich
Neben ihrer anerkannten Führung auf den von ihr vertretenen Fachgebieten, bietet sie außerdem durch ihre **Unfall- und Sterbegeldversicherung (3000 bzw. 6000 RM. bei Unfall, 75 bzw. 150 RM. bei natürlichem Tode)** eine wesentliche Hilfe bei schweren Schicksalsschlägen
Abonnementspreis pro Monat
Allgemeine Ausgabe . . . RM. 1,40
Versicherungs-Ausgabe . . RM. 1,6[illegible]
Probenummern werden auf Wunsch unentgeltlich zugesandt.
Geschäftsstelle der „Geflügel-Börse" Leipzig 231, Perthesstraße 5

Zum Sehen geboren · Zum Schauen bestellt
3 der schönsten und gediegensten deutschen illustrierten Zeitschriften vereinigt in 1
Reichster Inhalt
Ueber 100 Seiten Umfang
Viele Bilder
Farbenprächtige Kunstblätter
Preis nur 1.50



Ein Jahrgang bringt eine ganze Bücherei und Bildersammlung: 3 bis 4 Romane, über 200 wertvolle Aufsätze und Schilderungen aus allen Gebieten, viele Bilder und farbenprächtige Kunstblätter

Es gibt keine andere deutsche Zeitschrift von dieser Eigenart, die für den beispiellos billigen Preis von nur M. 1.50 monatl. so Außergewöhnliches bietet!

Gutschein
An den Verlag Heinrich Beenken Berlin SW 19
Bitte senden Sie mir kostenlos ein „Türmer"-Probeheft. 30 Pfennig für Porto füge ich bei.

Bestellschein
An die Buchhandlung
Ich bitte mir die schöne Zeitschrift „Der Türmer" zum monatlichen Preis von M. 1.50 zu liefern.

Ort und Datum: ____ Vertreter gesucht!
Name: ____
Eine Freude für das deutsche Haus!

Drucksachen
liefert in allen Ausführungen, schnell und billig die Druckerei dieser Zeitung.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 288 2. Blatt Donnerstag, 8. Dezember 1932

Geschenke

Ist es nicht natürlich, daß in diesen Wochen vor Weihnachten jeder an Geschenke denkt? Der eine vielleicht mit wehmütigem Blick auf seinen schwindsüchtigen Geldbeutel, der andere mit jener Freude, die das Wort prägte vom Geben, das seliger sei, denn das Nehmen . . .

Es scheint ja so leicht zu sein, dieses Schenken. Steht nicht die ganze Geschäftswelt im Zeichen der Weihnachtsgeschenke? Zücke doch nur Deinen Geldbeutel und kaufe! Ja, das ist aber doch gerade das Schwierige: Was soll es sein? Die Auswahl ist so groß, daß sie den Entschluß erschwert.

Innerhalb der engeren Familie wird das Geben schon leichter. Auf der einen Seite ist ja der Spender meistens über die Wünsche seiner Angehörigen unterrichtet, oder er weiß doch, was sie erfreut. Auf der anderen Seite wieder bedingen hier Geschenke oft die geringsten Ausgaben; denn es kommt vor allem doch darauf an, wie gegeben wird. Eine kleine Spende, die Verständnis für die Eigenarten oder Liebhabereien des Beschenkten und Sorgfalt bei der Wahl oder Anfertigung verrät, wird weit mehr Freude auslösen, als das prunkvollste Geschenk, das von Liebe nichts weiß.

Doch am schönsten ist das Geben, wenn Kinder die Nehmenden sind. Ihre Wünsche sind leicht zu erfahren, denn sie sprechen ja schon Monate vorher davon, was sie vom Christkindchen erwarten. Sie wissen, daß ihre Wünsche nicht alle erfüllt werden können, und wundern sich deshalb über jedes Geschenk, das doch unter dem Tannenbaum liegt, mit dem sie in ihrer Phantasie schon längst spielten, wenn sie auch garnicht darauf gerechnet haben. Die Freude, die aus Kinderaugen leuchtet, ist die reinste Weihnachtsfreude und sie entschädigt den Schenkenden hundertfach für die Ausgabe.

Notar Justizrat Videnz †

Am gestrigen Mittwoch-Morgen durcheilte die Trauerkunde unsere Gemeinde, daß Herr Notar Justizrat Paul Videnz von längerem Leiden durch einen sanften Tod erlöst wurde. Wenn wir hier auch wußten, daß die Gesundheit unseres verehrten Notars schon seit einiger Zeit schwer erschüttert war, so kam diese Todesbotschaft doch völlig überraschend.

Paul Videnz wurde am 8. Oktober 1861 als Sohn des Kreisgerichtsrats Videnz zu Tuchel in Westpreußen geboren. Er besuchte das Gymnasium in Minden in Westfalen und das Paulinische Gymnasium in Münster in Westfalen und machte dort im Jahre 1881 sein Abitur. Dann studierte er Rechtswissenschaft an den Universitäten Heidelberg, Freiburg i. Br., Berlin und Straßburg im Elsaß. Von 1884 bis 87 war er Referendar in Colmar im Elsaß und von 1889 bis 1909 als Rechtsanwalt am Landgericht in Zabern im Elsaß tätig, von wo er dann als Notar nach Saarunion bei Saargemünd ging. Bei Ausbruch des Krieges stellte er sich als Hauptmann d. R. freiwillig in den Dienst des Vaterlandes und machte denselben bis zu seiner Beendigung als Kommandant einer mob. Bahnhofskommandantur in Lothringen, Frankreich, Belgien, Ungarn und Rumänien mit. 1916 wurde er zum Major befördert und im Verlauf des Krieges für seine Verdienste mit verschiedenen Orden und Ehrenzeichen, darunter auch mit dem Eisernen Kreuz, ausgezeichnet. Durch den unglücklichen Kriegsausgang aus dem Elsaß verdrängt, wurde er im September 1919 als Notar in Burscheid neuangestellt, wo er bis zu seinem nunmehrigen Tode tätig war.

Herr Notar Videnz erfreute sich in unserer Gemeinde und in seinem ganzen Amtsbezirke allgemeiner Achtung und Beliebtheit. Mit seltener Gewissenhaftigkeit und Treue stand er seinem Amte vor und war auch darüber hinaus zu jedermann stets liebenswürdig, zuvorkommend und immer mit Rat und Tat hilfsbereit. Seinem Personal war er ein väterlicher und gerechter Vorgesetzter und uns allen durch sein freundliches und bescheidenes Wesen ein lieber und verehrter Mitbürger. Sein Tod, der seiner unermüdlichen Schaffensfreude ein plötzliches Halt entgegensetzte, trifft seine Familie besonders schwer, da diese einen treusorgenden Gatten und liebevollen Vater verliert. Sie darf sich der innigsten Anteilnahme der hiesigen Bevölkerung versichert halten. Der Verstorbene aber, der nun von allen irdischen Lasten befreit, möge nach seinem arbeitsreichen Leben ruhen in Frieden!

Festsetzung des Milchpreises

Auf Grund der Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten, betr. die Milchpreise im Regierungsbezirk Düsseldorf vom 14. November 1932, ist für die ganze Stadtgemeinde Burscheid der Kleinverkaufspreis für ein Liter Kannenmilch bei Lieferung frei Haus auf 21 Pfg. und ab Laden, Haus des Kleinhändlers oder Hof des Erzeugers auf 19 Pfg. festgesetzt.

Für Wohlfahrtserwerbslose (Inhaber von Bezugsscheinen des Wohlfahrtsamtes pp.), kann der Kleinverkaufspreis frei Haus 18 Pfg. pro Liter betragen.

An Betriebe, die Milch gewerblich verwerten oder Anstalten, die große Mengen beziehen, darf Milch zu 18 Pfg. pro Liter, aber nicht niedriger abgegeben werden.

Kleinhändler oder Landwirte, welche diese Preise unter- oder überschreiten, haben strenge Maßnahmen der Preisüberwachungsstelle zu gewärtigen.

Der Herr Regierungspräsident hat sich zu diesen einschneidenden Maßnahmen im Interesse einer gesicherten und geordneten Milchversorgung und insbesondere auch zur Stützung des stark abgesunkenen Erzeugerpreises und nicht zuletzt im Interesse der Volksgesundheit entschließen müssen. Die Maßnahmen werden bestimmt die Billigung aller derer finden, die die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu überschauen vermögen.

Der Einstandspreis des Kleinhändlers ist durch die obige Verordnung einheitlich auf 14½ Pfg. festgesetzt, gleichgültig, ob er die Milch von hiesigen oder auswärtigen Landwirten, Molkereien oder Großhändlern bezieht.

Wir verweisen an dieser Stelle schon auf die diesbezügliche Bekanntmachung, die in morgiger Ausgabe erscheint.

Keine wesentliche Änderung

Das Westdeutsche Handwerk im Monat November 1932

Von der Handwerkskammer Düsseldorf wird folgender Bericht herausgegeben:

Im Vergleich zum Vormonat hat der November eine wesentliche Aenderung der allgemeinen Wirtschaftslage nicht gebracht. Der saisonmäßige Rückgang an Arbeitsstellen, vor allem in den Außenberufen hat zum großen Teil die zu Anfang des Monats eingetretene Entspannung des Arbeitsmarktes wieder aufgehoben. Mit dieser Feststellung soll jedoch nicht übersehen werden, daß eine gewisse Bewegung in den einzelnen Berufsgruppen eingetreten ist, und zwar als eine Auswirkung der Regierungsmaßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Für das Handwerk hat in erster Linie die Gewährung von Reichszuschüssen zur Wiederinstandsetzung des Hausbesitzes Bedeutung erhalten. Die Tatsache, daß der Fünfzig-Millionenfonds fast restlos vergeben ist, zeigt zur Genüge, daß dieser Weg der Arbeitsbeschaffung der richtige ist, umsomehr, als an eine Belebung des Arbeitsmarktes durch Neubautätigkeit nicht gedacht werden kann. Der Anfang zu einer Wiederingangsetzung der Wirtschaft ist nunmehr gemacht. Der Erfolg wird jedoch von den weiteren Maßnahmen der Regierung abhängen.

Die Lage in den einzelnen Berufsgruppen ist nicht einheitlich. Das Bauhauptgewerbe ruht nach wie vor. Dagegen konnten in den Baunebengewerben, insbesondere im Maler- und Installations-Handwerk Reparaturaufträge hereingenommen werden. Ein leichtes Anziehen des Geschäftes macht sich im Bekleidungsgewerbe bemerkbar. Der Notzeit entsprechend sind die Umsätze in den Nahrungsmittelgewerben zufriedenstellend.

Der diesjährige Wintersportfahrplan

Verlosung von zehn Sonntagsfahrkarten nach dem Hochsauerland

Die Reichsbahn hat ihre Vorbereitungen für den kommenden Wintersport getroffen. Der von der Reichsbahndirektion Wuppertal herausgegebene „Wintersportfahrplan 1932/33 der Reichsbahndirektionen Wuppertal und Essen" ermöglicht einen schnellen Ueberblick über die Zugverbindungen zum Besuch der Wintersportplätze im Sauerland und Bergischen Land. Er enthält die Fahrpläne der regelmäßig fahrenden Schnell-, Eil- und Personenzüge und der nur bei guter Wintersportlage Samstags und Sonntags verkehrenden Sportzüge nach und von den genannten Gebieten. Zum leichteren Aufsuchen eines Fahrplans sind ein Ortsverzeichnis und eine Eisenbahnverkehrskarte beigegeben. Bei der Verkehrskarte befinden sich auch Kartenausschnitte aus den Hauptwintersportgebieten, die den Zusammenhang zwischen Reichsbahn und Wintersportgebiet noch besser erkennen lassen. Sie sollen es dem Sportler ermöglichen, die Wanderungen auf Schneeschuhen mit der Fahrplanlage für Hin- und Rückfahrt in Einklang zu bringen. Besonders hervorzuheben bleibt, daß im gesamten Fahrplan das etwaige Umsteigen der Reisenden stets durch ein „U" neben der Zeitangabe gekennzeichnet ist. Es sind auch alle Möglichkeiten zur Verbilligung der Eisenbahnfahrt nach und von den Wintersportgebieten übersichtlich angegeben. Der Fahrplan enthält außerdem ein Verzeichnis der Jugendherbergen und eine Uebersicht über die wichtigsten sportlichen Veranstaltungen in diesem Winter.

Mit dem an den Fahrkartenschaltern zum Preise von 15 Pfg. erhältlichen Wintersportfahrplan ist noch eine für manchen Wintersportler wertvolle Neuerung verbunden. Mit dem Kauf des Fahrplans ist die Möglichkeit gegeben, eine Freifahrt in das Hochsauerland zu gewinnen. Wer den auf der 4. Umschlagseite des Wintersportfahrplans befindlichen Abschnitt der dort angegebenen Anschrift zustellt, wird an einer Verlosung von mindestens zehn Sonntagsrückfahrkarten 3. Klasse von einem beliebigen Bahnhof der Direktionsbezirke Wuppertal oder Essen nach dem Hochsauerland beteiligt. Die Verlosung findet am 1. Februar 1933 im Verwaltungsgebäude der Reichsbahndirektion Wuppertal statt.

Ein Aushangfahrplan der nur bei guter Wintersportlage Samstags und Sonntags verkehrenden schnellfahrenden Personenzüge 3. Klasse wird außerdem auf den Bahnhöfen im gesamten Verkehrsgebiet ausgehängt.

Im Bezirk der Reichsbahndirektion Wuppertal wird das Verkehren dieser Züge wie in den Vorjahren durch Hissen schwarzweiß gewürfelter Fahnen auf dem Bahnhofsgebäude der Einsteigebahnhöfe angezeigt. Die Züge dürfen auf jeden im regelmäßigen Zugverkehr gültigen Fahrausweis benutzt werden, also auf gewöhnliche Fahrkarte, auf Sonntagrückfahrkarte, auf Zeitkarte, auf Beförderungsschein für Gesellschaftsfahrten, Jugendpflege- und Schulfahrten. Die Wetterlage und das Verkehren der Züge wird Freitags und Samstags durch den Westdeutschen Rundfunk und die Tageszeitungen mitgeteilt.

Für den diesjährigen Wintersportverkehr ist beabsichtigt, für Sonntagsrückfahrkarten versuchsweise eine erweiterte Geltungsdauer einzuführen und zwar sollen

a) bei günstiger Wintersportlage im Hochsauerland die aufliegenden Sonntagsrückfahrkarten mit wahlweiser Gültigkeit nach Winterberg, Willingen, Usseln oder Fredeburg eine erweiterte Geltungsdauer von Samstags 0 Uhr bis Montags 14 Uhr (Antritt der Rückfahrt) und

b) anläßlich besonderer Wintersportveranstaltungen im Hochsauerland die gleichen Rückfahrkarten eine Geltungsdauer für die Zeit von Freitags 12 Uhr bis Montags 24 Uhr (Antritt der Rückfahrt) erhalten.

Die vorgenannten Vergünstigungen werden von Fall zu Fall mit dem Verkehren der Sonderzüge bekanntgegeben.

Der rhein. Arbeitsmarkt im November

Ueber die Arbeitsmarktlage in der Rheinprovinz berichtet das Landesarbeitsamt Rheinland:

Die im November eingetretene saisonmäßig bedingte Verschlechterung brachte eine Steigerung der Arbeitsuchendenzahl um insgesamt 10 900. Der diesjährige Zugang ist im November um die Hälfte geringer als im gleichen Monat des Vorjahres. Trotz beachtlicher Freisetzungen aus Saisonbetrieben haben die Einstellungen in den konjunkturabhängigen Betrieben eine stärkere Erhöhung der Arbeitsuchendenzahl verhindern können. Hauptsächlich der Bergbau, die Hütten- und Walzwerks-Industrie, teilweise auch die Maschinenindustrie haben den Belegschaftsstand im November teils halten, teils vermehren können.

Während im Vorjahr die Arbeitsuchendenzahl in der Zeit von Mitte März bis Ende November eine Gesamterhöhung um 64 000 aufzuweisen hatte, ist diesjährig seit Anfang März eine wenn auch zunächst nur langsam sinkende Tendenz festzustellen. Der Gesamtrückgang der Arbeitsuchenden, der in den letzten Monaten am ausgeprägtesten war, betrug bis Ende November 1932 rund 35 000.

Im Laufe der letzten Monate hat sich in den an der Arbeitslosigkeit beteiligten Berufsgruppen eine beachtliche Verschiebung vollzogen. Anteilmäßig ist die Arbeitslosigkeit in der Erzeugungsgüterindustrie zurückgegangen, wobei die weiblichen Arbeitskräfte am stärksten beteiligt sind. In einzelnen Sparten der Verbrauchsgüter-Industrien ist ebenfalls ein anteilmäßiger Rückgang festzustellen, jedoch hat sich besonders in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie eine Steigerung der Arbeitslosigkeit ergeben, deren Ursache die gesunkenen Einkommensverhältnisse sein dürften. Aus dem gleichen Grunde ist die Arbeitslosigkeit unter den Hausangestellten erheblich gestiegen.

Die konjunkturellen Besserungstendenzen, die sich besonders in den letzten drei Monaten auf Grund der gesunkenen Zahl der Arbeitsuchenden feststellen ließen, erfahren eine beachtliche Unterstreichung durch die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten. Nach den durch die Krankenkassenmitgliederstatistik festgestellten Beschäftigungszahlen ergab sich im Bezirk des Landesarbeitsamtes Rheinland für das Jahr 1932 im Monat August ein Rückgang um 8000, im September ein

Schaffung des neuen Finanzausgleichs?

Die westlichen Landgemeinden zur Finanz- und Verwaltungsreform

Auf der Mitgliederversammlung des Bezirkstages Arnsberg im Preußischen Landgemeindetag West am Mittwoch in Dortmund sprach der geschäftsführende Präsident Dr. Goeb über „Die westlichen Landgemeinden zur Finanz- und Verwaltungsreform".

Er führte u. a. aus: Bei der Bedeutung, die den Gemeinden als Fundament für Staat und Reich zukommt, muß das höchste Ziel jeder Finanz- und Verwaltungsreform die Gesundung der Gemeindefinanzen sein. Die Erhaltung einer geordneten Gemeindefinanzwirtschaft ist auf die Dauer nicht möglich, wenn die organisatorische und finanzielle Neuregelung der gesamten Arbeitslosenhilfe kommt. Es ergibt sich die Notwendigkeit der Schaffung eines einheitlichen Systems der Arbeitslosenhilfe. Dieses Ziel schien vor kurzem fast erreicht. Nun aber hat die Reichsanstalt in einem längeren Gutachten den Nachweis zu erbringen gesucht, daß die Gemeinden außerstande seien, eine gerechte Prüfung der Hilfsbedürftigkeit durchzuführen. Aufgabe der kommunalen Spitzenverbände wird es sein, aufgrund zuverlässiger Unterlagen in einem Gutachten die Argumente der Reichsanstalt zu entkräften.

Neben einer baldigen befriedigenden Neuregelung der Aufbringung der Wohlfahrtslasten ist die dringlichste Aufgabe die Schaffung eines neuen Finanzausgleichs, bei dem auf die Lebensbedürfnisse der Landgemeinden mehr als bisher Rücksicht zu nehmen ist. Auf dem Gebiete der Verwaltungsreform ist die grundsätzliche Forderung nach wie vor Gleichberechtigung der Landgemeinden mit den Städten. Die Bildung leistungsfähiger Aemter durch Zusammenlegung kleinerer Aemter ist zu befürworten, dagegen sind Bestrebungen der Städte, benachbarte Aemter einzugemeinden, aufs schärfste abzulehnen. Das neue Gebäude der Verwaltungsreform wird nur dann Bestand haben, wenn es aufgebaut ist auf den Grundfesten der Selbstverwaltung, auch der Landgemeinden.

Alle Fragen der Finanz- und Verwaltungsreform werden durch das Zentralproblem der Arbeitsbeschaffung überschattet. Die Landgemeinden halten die Ergänzung der Arbeitsbeschaffungspläne durch Pläne der Regierung für ein kommunales Arbeitsbeschaffungsprogramm für notwendig. Bei der Auswahl der Arbeiten darf das Schwergewicht keineswegs auf die vorstädtische Kleinsiedlung gelegt werden, da alsdann die Gefahr einer weiteren Belastung der Landgemeinden besteht.

Zugang um 11 000 und im Oktober um 19 000 Beschäftigte. In den gleichen Monaten des Jahres 1931 betrug der Rückgang der Beschäftigten im August jedoch 52 000, im September 29 000 und im Oktober 32 000. Die Zunahme der Beschäftigten betrug demnach in den Monaten September und Oktober 1932 rund 30 000.

Am 30. November 1932 wurden im Rheinlanddurchschnitt noch 97,3 Arbeitsuchende (mit Einschluß der Notstands- und Fürsorgearbeiter und der Arbeitsdienstwilligen) auf 1000 Einwohner gezählt. Von den rheinischen großstädtischen Arbeitsamtsbezirken liegen nur Aachen und Krefeld unter dem Rheinlanddurchschnitt; beachtlich über dem Durchschnitt liegen Solingen mit 167, Duisburg mit 152, Wuppertal mit 138 und Oberhausen mit 129 Arbeitsuchenden auf 1000 Einwohner. Die niedrigste Belastung zeigen die Arbeitsamtsbezirke Cochem mit 18 und Gerolstein mit 21 Arbeitsuchenden auf 1000 Einwohner.

Die stärkste Belastung mit Wohlfahrtserwerbslosen zeigt Duisburg mit 87, die geringste der Arbeitsamtsbezirk Gerolstein mit 3 Wohlfahrtserwerbslosen auf 1000 Einwohner. Von den großstädtischen Arbeitsamtsbezirken haben Krefeld mit 28, Aachen mit 33 und Köln mit 38 Wohlfahrtserwerbslosen auf 1000 Einwohner die geringste Belastung aufzuweisen.

Aus der Heimat

80 Jahre alt

wird am morgigen Freitag, den 9. Dezember, unser lieber Mitbürger Herr Julius Werner in Kippekofen. Das Geburtstagskind erfreut sich trotz seines hohen Alters noch guter Gesundheit und bester geistiger Frische und nimmt noch regen Anteil an allen Geschehnissen in der Heimat und darüber hinaus.

Auch wir gratulieren zu diesem seltenen Wiegenfest aufs herzlichste und wünschen Herrn Werner einen weiteren segensreichen Lebensabend.

Wer vermißt diese Sachen?

Auf dem hiesigen Polizeibüro im Rathaus wurde ein Kistchen Apfelringe und ein bunter Schal als gefunden abgegeben. Wer diese Sachen vermißt, mag auf dem Polizeibüro seine Rechte geltend machen.

Personenstand am 10. Oktober

Nunmehr liegt das Ergebnis der Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober in unserer Stadtgemeinde vor. Die Gesamtzahl der Einwohner beträgt 7848 Personen, davon 3175 männliche über 14 Jahren, 3255 weibliche über 14 Jahren, 721 männliche unter 14 Jahren und 697 weibliche unter 14 Jahren.

Von unseren Einwohnern sind 5441 Evangelische, 1825 Katholische, 554 Dissidenten, 15 Baptisten, 1 Bibelforscher, 2 Israeliten, 5 Deutschgläubige und 5 Niederländisch-Reformierte.

Nach Opladen versetzt

Wie bekannt wird, wird der stellvertretende Direktor des Arbeitsamtes Köln, Regierungsrat Melind, seinen Kölner Posten verlassen und zunächst kommissarisch die Leitung des Arbeitsamtes Opladen übernehmen. Regierungsrat Melind, der der sozialdemokratischen Partei angehört, war seit 1920 am Kölner Arbeitsamt tätig.

Winzerfest im „Bergischen Hof"

Am kommenden Samstag und Sonntag findet im „Bergischen Hof" in der Luisenstraße in den schön dekorierten oberen Räumen ein großes Winzerfest statt. Winzerinnen werden die Bedienung übernehmen.

Wir verweisen schon heute auf die diesbezügliche Anzeige in morgiger Ausgabe.

Erfolge hiesiger Kaninchenfreunde

Am vergangenen Wochenende fand in Opladen die große Kaninchen- und Produkten-Ausstellung im Rhein-Wupper-Kreisverband statt. Ueber 900 erstklassige Tiere und Pelzsachen aus Kaninchenfellen wurden gezeigt. Der Kaninchen-Zuchtverein Burscheid-Hilgen, der sich an dieser Schau ebenfalls beteiligte, konnte mit elf Tieren neun Preise mit nach Burscheid nehmen.

Die Preisträger sind: Ewald Leon 2. Preis auf Belg. Riesen, Wilh. Zimmermann Ehrenpreis und 3. Preis auf Weiße Riesen, Ewald Engels Ehrenpreis und 3. Preis auf Groß-Chinchilla, Ernst Schmitz, Hilgen zwei 2. Preise und 3. Preis auf Weiße Wiener, Robert Schwafert 3. Preis auf Holländer.

Den glücklichen Züchtern ein „Gut-Zucht" für nächstes Jahr!

Mietzahlungen durch die öffentliche Fürsorge

In einem Runderlaß des Ministers für Volkswohlfahrt war darauf hingewiesen, daß es dem wohlverstandenen Interesse der Mieter, der Hauseigentümer und auch der Bezirksfürsorgeverbände entspricht, mehr als bisher Mietbeihilfen an den Vermieter zu zahlen, zumal zweckwidrige Verwendung von Mietbeihilfen den Fürsorgeverband nötigen kann, drohende Räumungen durch Uebernahme von Mietrückständen abzuwenden.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem Erlaß des Wohlfahrtsministers entnimmt, galt diese Empfehlung nicht nur für die erhöhte Mietbeihilfen, die durch den inzwischen wieder aufgehobenen Fortfall der Hauszinssteuerstundung erforderlich geworden wären, und für Richtsatzüberschreitungen, die aus Anlaß von Miete nötig werden, die den für den Wohnbedarf bestimmten Teil des Richtsatzes überschreiten. Vielmehr ist die unmittelbare Zahlung der öffentlichen Unterstützung an den Vermieter hinsichtlich des ganzen Betrages zulässig, der innerhalb des Richtsatzes und bei Richtsatzüberschreitungen darüber hinaus zur Abgeltung der Miete bestimmt ist. Wann die Fürsorgeverbände von der unmittelbaren Zahlung Gebrauch machen wollen, ist ihrem Ermessen überlassen. Sie wird sich jedoch immer dann empfehlen, wenn Gefahr besteht, daß bei Ueberlassung der vollen Unterstützung an den Mieter Mieterrückstände entstehen. Die Rechtsgrundlage, auch gegen den Willen des Mieters die auf die Miete entfallende Unterstützung unmittelbar an den Vermieter zu zahlen, gibt § 11 der Reichsgrundsätze.

Der Steuergutschein ist pfändbar

Die Steuergutscheine unterliegen in ihrer Eigenschaft als Wertpapier der Pfändungsmöglichkeit. Legt ein Gläubiger auf diese Beschlag, so muß er die Verwertung im Wege der Versteigerung durch den Gerichtsvollzieher vornehmen. Aber nicht nur der Steuerschein als solcher, sondern auch der Anspruch daraus unterliegt schon dem Zugriff des Gläubigers. Eine solche Möglichkeit ist in den Durchführungsbestimmungen zur Steuergutschein-Verordnung vom 26. September 1932 ausdrücklich vorgesehen.

Dunkle Tage

Die gegenwärtigen Tage sind die dunkelsten des Jahres, nicht allein deshalb, weil die Sonne bald ihren tiefsten Stand erreicht hat, auch starke Bewölkung und Nebel trüben das Licht. Die Tageslänge beträgt jetzt noch acht Stunden 14 Minuten, sie sinkt bis zum 21. Dezember, dem kürzesten Tage, auf 7 Stunden 54 Minuten. Am 22. Dezember, 1 Uhr 35 Minuten haben wir Winteranfang, und dann geht es allmählich wieder bergauf. Zuerst allerdings fast ganz unmerklich, denn die Zunahme der Tageslänge beträgt bis zum 31. Dezember nur sechs Minuten. Am Schluß des Monats erfolgt der Sonnenaufgang zwei Minuten und der Untergang acht Minuten später. Deutlicher bemerkbar wird die Verlängerung des Tages erst um den 7. Januar (St. Lucian), denn in einer alten Bauernregel heißt es: „Auf Barbara (4. Dez.) die Sonne weicht, auf Lucian sie wieder herschleicht". Aber in die Dunkelheit unserer Tage leuchtet doch ein helles Licht hinein: das Weihnachtsfest, es gibt uns auch die Gewißheit des baldigen Wiederaufstiegs in der Natur.

Neuauflage des amtlichen Fernsprechbuchs

Den Fernsprechteilnehmern gehen mit den Fernsprech-Gebührenrechnungen „Amtliche Bekanntmachungen" zu, in denen mitgeteilt wird, daß die Vorarbeiten zu den neuen amtlichen Fernsprechbüchern für den Oberpostdirektionsbezirk Düsseldorf und das niederrheinisch-westfälische Bezirksnetz am 15. Januar 1933 abgeschlossen werden. Alle Angaben in den jetzt geltenden amtlichen Fernsprechbüchern, deren Aenderung oder Streichung nicht bis zum 15. Januar schriftlich und postfrei bei dem Verkehrsamt beantragt wurde, an das der Teilnehmer angeschlossen ist, werden, gegebenenfalls unter Neuberechnung der Zeilengebühr, in das neue Fernsprechbuch unverändert übernommen. Eine unrichtige Eintragung im Fernsprechbuch kann viele Unannehmlichkeiten im Gefolge haben. Es liegt daher durchaus in den Belangen der Fernsprechteilnehmer, ihre Eintragungen im Fernsprechbuch sogleich zu prüfen und u. U. ihre Berichtigung oder Streichung zu beantragen. Besonders machen wir auf die gebührenpflichtigen zweiten Eintragungen und Hinweise an anderer Stelle aufmerksam. Etwa gewünschte neue Fernsprechanschlüsse usw. empfehlen wir bald anzumelden, damit sie noch in das neue amtliche Fernsprechbuch aufgenommen werden können.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Schlechtes Jagdergebnis

Leverkusen-Schlebusch, 8. Dez. Die Treibjagd in den Revieren des Freih. von Diergardt in Morsbroich dieser Tage hat ein schlechtes Ergebnis gehabt, das nur den vierten Teil einer Vorkriegsjagd erbrachte. Man vermutet, daß Seuchen den Wildbestand in den letzten Jahren stark gelichtet haben. Ein Teil des Jagdgebiets wurde gar nicht in die Treibjagd einbezogen, um das Wild zu schonen, weil man sonst fürchtete, im nächsten Jahr dort kein Wild mehr anzutreffen.

Neueinstellungen beim IG Farbenwerk

Leverkusen, 8. Dez. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die in der chemischen Industrie zu verzeichnende Geschäftsbelebung auch auf dem Werk Leverkusen der IG Farbenindustrie zu Neueinstellungen geführt hat, so daß der Belegschaftsstand am 15. September von 6800 Mann sich auf zurzeit 7030 Mann erhöht hat trotz der in den Herbstmonaten erfahrungsgemäß einsetzenden Abschwächung des Geschäfts.

Begrüßenswerte Maßnahme

Leverkusen, 8. Dez. Auf Antrag der Betriebsvertretung im Werk Leverkusen der IG Farbenindustrie wird in der kommenden Woche ausnahmsweise sechs Tage gearbeitet, gegen fünf Tagen bisher. Man entschloß sich zu dieser erfreulichen Maßnahme, damit die Arbeiter in der Weihnachtswoche den Lohn für sechs Tage erzielen. Es handelt sich allerdings um eine Ausnahme für die kommende Woche. Bei dieser Gelegenheit sei auch mitgeteilt, daß in den letzten Wochen die Werksbeurlaubten der IG fast ausnahmslos wieder zurückgerufen werden konnten.

Tödlicher Betriebsunfall

Leverkusen, 8. Dez. In der IG Farbenindustrie ereignete sich gestern in den Vormittagsstunden ein folgenschwerer Betriebsunfall. Bei Reparaturarbeiten mit dem Sauerstoffapparat fingen die Kleider des Bleilöters Peter Schmitz aus Köln-Merkenich aus bisher ungeklärter Ursache Feuer. Mit schweren Brandwunden wurde der Unglückliche in das Augustinerkrankenhaus nach Köln gebracht, wo er seinen schweren Verletzungen erlag. Er hinterläßt eine Frau, die auf Wunsch des 31jährigen Verletzten sofort von dem bedauerlichen Unfall in Kenntnis gesetzt wurde und ihren Mann im Krankenhause sterbend antraf.

Fehlbetrag bei der Feuerwehr

Leverkusen, 8. Dez. Aus dem Verbandstag der Feuerwehr in Leverkusen entstand bekanntlich ein Fehlbetrag, dessen Höhe ein eingesetzter Prüfungsausschuß jetzt, wie mitgeteilt wird, auf 1400 Mark feststellte.

Als Leiche gelandet

Leverkusen, 8. Dez. Die Leiche des 23jährigen Matrosen H. Mänz aus Bochum, der vor vier Wochen ertrank, als er an der Kaimauer der J. G. beim Aushängen des Bugankers von einem Motortankschiff über Bord fiel, wurde in Düsseldorf gelandet.

Schwerer Einbruch

Wermelskirchen, 8. Dez. Wieder ist ein verwegener nächtlicher Einbruch von hier zu melden. Zum zweiten Male binnen kurzer Zeit drangen Einbrecher in die Verteilungsstelle Tente der Konsumgenossenschaft „Einigkeit" ein. Die Burschen verschafften sich Eingang in das Geschäft, indem sie an der Giebelseite ein Stück Wand herausbrachen. Die Hausbewohner haben von dem Lärm nichts gehört. Die Spitzbuben räumten unter den Beständen gehörig auf und hießen alle möglichen Waren, wie Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren, Kaffee, Pralinen, Wurst in allerhand Sorten, Speck, Oelsardinen, Käse in verschiedenen Sorten und Fischmarinaden in großen Mengen mitgehen. Der Schaden ist ein bedeutender. Die Spitzbuben konnten sich mit ihrer wertvollen Beute in Sicherheit bringen.

Aus Burscheids Heimatgeschichte

Heimatgeschichtlicher Vortrag von Dr. Ernst Koll gehalten auf dem Burscheider Heimat-Abend des Verkehrs- und Verschönerungs-Vereins

— Schluß —

Viele erwarteten von der Großen französischen Revolution eine Besserung der bestehenden Verhältnisse. Der Wildbestand im Königsforst wurde auch auf Befehl des Kurfürsten fast ganz abgeschossen und unter die Bevölkerung verteilt. Deshalb feierte man in Bensberg ein großes Dankfest. Zum Schutze des französischen Königspaares zog ein preußisch-österreichisches Heer nach Frankreich, mit großen Hoffnungen, die sich aber nicht verwirklichten. Selbst Goethe, der im Gefolge seines Herzogs teilnahm, schrieb von einer neuen Epoche. Der große Dichter hatte 1774 auf einer Rheinreise auch in Bensberg geweilt, wo noch eine Laube an ihn erinnert. Schon bald wichen die Verbündeten über den Rhein zurück. In Köln durften die Bürger die Freiheitsbäume der Franzosen umtanzen; aber von der viel gepriesenen Freiheit merkten sie sonst nichts. Der Dom wurde in einen Pferdestall verwandelt, und für ihr bares Geld gab man den Kölnern wertlose Inflationsscheine, die Assignaten. Auch das ist also schon dagewesen. Im Winter 1794—1795, in dem der Rhein wie vor vier Jahren vollständig zufror, starben im Bensberger Lazarett 3000 Oesterreicher und wurden im nahen Walde beerdigt. Erst nach 60 Jahren errichtete ihnen ihr Vaterland einen Denkstein. Die Preußen schlossen im nächsten Jahre Frieden, und nun war das Bergische Land den Franzosen preisgegeben, da die pfälzischen und österreichischen Soldaten nicht zum Schutze ausreichten. Aber eher ließen die feindlichen Truppen die Erntezeit vorübergehen, damit sich der Einfall besser lohnte. Die zuchtlosen Horden hausten wie einst im Dreißigjährigen Kriege. Von den schlimmsten Greueln blieb Burscheid verschont, nicht so die Rheinorte und besonders Richrath, dessen Pfarrer die Drangsale in seine Chronik aufgenommen hat. Wieder flüchteten die Bewohner in die Wälder, die Leichlinger ins Große Grünscheid. Nach Tagen erst wagten sie sich nach Hause, um statt der Waldbeeren etwas Brot aus dem Verbörgnis am Schornsteine zu essen. Französische Soldaten lagerten auch zwischen Hilgen und Nürhausen und verdarben den Altenberger Busch bei Hinterweg. Als die Besatzung endlich abzog, prahlte ein Befehlshaber, den Bewohnern wären nur die Augen geblieben, um ihr Elend zu beweinen.

Aus jener Zeit sind noch verschiedene französische Ausdrücke geblieben wie „Venüß" (fournaise) für Küchenofen, Fisternöll (fils de nul) für uneheliches Kind, Parapluie (parapluie), Merle (merle) für Amsel, Baselemanes für Umstände, eigentlich „je baisse les mains = Küß die Hand". Bis Ende des vorigen Jahrhunderts wurde hier auch noch nach dem Code Napoleon Recht gesprochen; denn Napoleon nahm selber das Bergische Land in Besitz, wofür er dem bayerischen Kurfürsten, dem damaligen Landesherrn, Tirol gab. Ein Gutes brachte die Fremdherrschaft, die Aufhebung der Reste des Lehnswesens. Der Bauernstand war endlich nicht mehr den Rittergütern untertan. Auch Straßen wurden gebaut, selbstverständlich nur für das Heer, und zur besseren Orientierung mit Pappeln bepflanzt wie auch in Frankreich. Aber der Zwang war doch unerträglich. Viele bergische Jungen mußten unter Napoleons Fahnen dienen; so brachte es ein Großölinghausener in Spanien und Rußland bis zum Offizier.

Nach der Völkerschlacht bei Leipzig schlug auch für unsere Heimat die Stunde der Befreiung. Schon zwanzig Jahre vorher hatte der Vikar Ommerborn, dessen Denkmal auf dem alten Friedhofe in Sand bei Bergisch-Gladbach ihn in Gamaschen hoch zu Roß zeigt, einen Aufstand geplant, der aber verraten worden war. Die ersten Boten einer neuen Zeit waren die Knüppelrussen, bergische Jungen, die sich weigerten, Napoleon gegen ihre Landsleute zu folgen. Den Namen hatten sie von ihrer Waffe, einem festen Mispelstocke, und dem R an ihrer Mütze, das sie als Russenfreunde kennzeichnete. Viele wurden erschossen; der Rest verbarg sich in den Wäldern, bis die Kosaken kamen. Zuerst zeigten diese sich im Dhünntale. Ihr Appetit war staunenswert. Sie fraßen das Viehfutter aus dem „Breielskessel", in Steinbüchel das ganze „Krükchen" mit Eßlöffeln ohne Brot, was zweien den Heldentod einbrachte. Nun rückte auch der tapfere Burscheid-Schlebuscher Landsturm aus, geführt vom Hauptmann Nonnenbruch aus der Unterwietsche. Von der anderen Rheinseite donnerten die Kanonen, als man zwischen Morsbroich und Wiesdorf über die Heide zog. Der Tambourmajor schritt kühn voran. Als er sich beim Taktieren umwandte, fiel er in ein Kaninchenloch. Im selben Augenblicke krachte drüben ein Schuß. Das war zuviel für unsere Heldenväter. Man ließ den vermeintlichen Toten liegen und stob in wilder Flucht davon, allen voran ein Dicker aus Schlebusch, die Mehrzahl jedoch, zur Ehre sei's gesagt, faßte sich bald wieder. Daß auch aus unserer Gemeinde drei ihr Leben ließen, sehen wir auf der Tafel in der evangelischen Kirche. Die Fahnenweihe des Landsturmes auf der Bürriger Heide im Herbst 1814 gestaltete sich zu einem großartigen Siegesfeste. Können wir von jener Zeit sprechen, ohne unserer Burscheider Musikgesellschaft zu gedenken, die in dunkelster Zeit gegründet wurde und bei allen Veranstaltungen mitwirkte! Damals lebten die drei Fortschrittsmänner: der Schlebuscher Doktor Zuccalmaglio, der Opladener Rat Deycks und der Burscheider Pastor Löh, die unsere Heimat einem neuen Zeitalter entgegenführten.

Das Bergische Land fiel 1815 an Preußen. Friedrich Wilhelm IV. kam 1847 zum Dankfeste nach dem Wiederaufbau des Altenberger Domes auch in unsere Gemeinde. Einige Burscheider Herren begleiteten ihn zu Fuß von Straßerhof aus, wo der Fürst bei einem früheren Besuche den hochbetagten Pastor Löh kennen gelernt hatte.

Damit sind wir an einem Zeitabschnitte angelangt, der manchem alten Burscheider noch vom Hörensagen bekannt ist. Es ist das Jahrhundert des Bürgers. Die Fürstenhöfe und Klöster sind nicht mehr die Kulturzentren; sondern diese Aufgabe fällt den großen Städten zu. Nennen wir uns aber stolz Kleinstädter; denn auch hier gedeihen Liebe zur Natur, Zusammengehörigkeitsgefühl und Heimatliebe, mag uns auch zuweilen die lockende Ferne vor Augen schweben:

Und frische Nahrung, neues Blut
Saug' ich aus dieser Welt.
Wie ist Natur so hold und gut,
Die mich am Busen hält!
Aug', mein Aug', was sinkst du nieder?
Gold'ne Träume, kommt ihr wieder?
Weg, du Traum, so Gold du bist!
Hier auch Lieb' und Leben ist!

Goethe.

Letzte Funkmeldungen

In führenden Kreisen des Zentrums rechnet man durchaus mit der Möglichkeit, daß sich der Reichstag erst am Samstag vertagen wird.

Die Vernehmungen der bisher in der Kynauer-Sprengstoffdiebstahlsaffaire Verhafteten hat zu der Feststellung geführt, daß neben dem Baron von Zedlitz und Neukirch, seiner Hausdame Sydow und dem Förster Tietze noch andere Personen in die Angelegenheit verwickelt sind. In diesem Zusammenhange wurden gestern Pastor Fuchs in Dittmannsdorf, der bekanntlich als Zeuge im Reichenbacher Attentatsprozeß vernommen und wegen des Verdachtes der Begünstigung nicht vereidigt worden war, und der Besitzer des Gasthofes „Zur Brauerei" in Kynau, Franke, verhaftet. Die Vernehmungen sind noch nicht abgeschlossen.

Wie verlautet, ist damit zu rechnen, daß Freiherr von Neurath im Laufe des Donnerstags seine Stellungnahme zu der von Herriot am Dienstag in der Sitzung der Fünfmächtekonferenz vorgelegten Formel über Gleichberechtigung und Sicherheit bekanntgeben wird.

Der der NSDAP angehörende Ingenieur Bergmann ist in seiner Wohnung in Berlin durch das Fenster angeschossen worden. Der Täter, vermutlich ein politischer Gegner, ist in der Dunkelheit entkommen.

Der französische sozialistische Abgeordnete Bedouce hat in einer in der Kammer eingebrachten Gesetzesvorlage eine neue Methode zur Regelung der interalliierten Schulden und der Reparationen innerhalb von sechs Jahren eingebracht.

In Marseille wurde ein Stadtverordneter unter der Beschuldigung verhaftet, den Mädchenhandel nach Südafrika und Aegypten begünstigt zu haben.

Im Hinblick auf die heute zwischen den englischen und den französischen Ministern stattfindenden Besprechungen über die Schuldenrückzahlungen am 15. Dezember wurde in der Kammer beschlossen, daß Ministerpräsident Herriot vor dem Finanzausschuß und dem Auswärtigen Ausschuß der Kammer erscheinen soll, um Erklärungen über die Art und Weise abzugeben, wie die französische Regierung sich zu verhalten gedenkt.

Die Entscheidung über die endgültige Stellungnahme Frankreichs und Englands in der Schuldenfrage wird im Laufe des heutigen Donnerstags erwartet.

In englischen parlamentarischen Kreisen nimmt der Widerstand gegen die Bezahlung der am 15. Dezember fälligen Schuldenrate an Amerika zu. Im Fall der Zahlung verlangt die „Morning Post" eine besondere Regierungserklärung, in der gesagt werden soll, daß es sich hierbei nur um den ersten Schritt zur Einleitung von Revisionsverhandlungen handele.

Die seit neun Monaten unternommenen Hebungsversuche an dem englischen U-Boot M 2 sind jetzt endgültig gescheitert.

Staatssekretär Stimson überreichte heute dem britischen Botschafter in Washington die Antwort der amerikanischen Regierung auf die zweite Schuldennote. Wie verlautet, ist auch diese Antwort Amerikas ablehnend.

Der größte Teil der Teilnehmer an dem Hungermarsch nach Washington ist bereits wieder abmarschiert.

Von der Besatzung des in der Nähe von Labrador gesunkenen Newyorker Schleppers „Sandbeach" wurden 13 Mann als Leichen an den Strand gespült.

Die Stärke der japanischen Truppen, die die Nordwestmandschurei besetzt halten, wird auf 9000 Mann geschätzt. General Ma, der sich bereits auf russisches Gebiet begeben hat, will nach China zurückkehren.

Nach einer Reuter-Meldung aus Tsitsikar haben die Sowjetbehörden den vor einigen Tagen auf sowjetrussisches Gebiet geflüchteten und internierten chinesischen General Supingwen zusammen mit 40 chinesischen Soldaten der japanischen Militärbehörde in Mandschuria ausgeliefert. Unter den Ausgelieferten soll sich auch General Matschangtschen befinden.

2 600 000 Wohlfahrtserwerbslose

Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen trotz der leichten Besserung der allgemeinen Arbeitsmarktlage weiterhin stark gestiegen und hat am 31. Oktober mit rund 2 600 000 einen neuen Höchststand erreicht. Diese Zahl, die aufgrund der Statistik des Städtetages ermittelt ist, umfaßt alle arbeitsfähigen Erwerbslose, die von den Gemeinden laufend unterstützt werden müssen. Sie ist um rund 400 000 höher als die Ermittlungen der Arbeitsämter, die bekanntlich nur einen Ausschnitt der Wohlfahrtserwerbslosen erfassen. Die Gemeinden betreuen augenblicklich über 60 v. H. aller unterstützten Arbeitslosen.

Das Wetter von heute und morgen

Wolkiges Wetter mit Temperaturen nahe bei 0, nördliche Winde, nur geringfügige Niederschläge.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Trauerfeier für den letzten Bürgermeister von Ohligs

Die Staatsanwaltschaft hat die Leiche des plötzlich verstorbenen Bürgermeisters a. D. Sauerbrey zur Bestattung freigegeben, trotzdem die von dem Wuppertaler Gerichtsarzt Dr. Schütte und dem Solinger Kreisarzt Dr. Mosebach vorgenommene Obduktion eine zweifelsfreie Ermittlung der Todesursache nicht ergeben hat. Es bleibt aber sehr wahrscheinlich, daß sie auf den Genuß von gehacktem Fleisch zurückzuführen ist. Die in Frage kommenden Organe werden einem medizinischen Institut zur Untersuchung überwiesen.

Mittwochnachmittag fand im ehemaligen Sitzungssaal des Ohligser Rathauses, der Stätte seiner langjährigen Wirksamkeit, eine Trauerfeier für den Verstorbenen statt, an der für die Regierung Düsseldorf Regierungsdirektor Hild, für den Rhein-Wupper-Kreis Landrat Trimborn, als Vertreter der Stadt Remscheid Beigeordneter Zurhellen, für die Polizei Regierungsrat Perdelwitz teilnahmen. Außerdem waren alle Beigeordneten und Stadtverordneten der ehemals selbständigen Stadt Ohligs anwesend. Bürgermeister Brisch-Solingen hielt die Trauerrede, in der er Wesen und Bedeutung des Verstorbenen würdigte. Die Feier wurde durch Lautsprecher der vor dem Rathause harrenden tausendköpfigen Menge übertragen. Groß war der Zug derjenigen, die dem Bürgermeister das letzte Geleit gaben bis zur Hildener Stadtgrenze, von wo der Leichnam nach einer kurzen Abschiedsfeier zur Einäscherung nach Hagen transportiert wurde.

Oberbergisches

Biehl. Waffen und Sprengstoffe im Diebeslager. Nachforschungen der Polizei zur Aufklärung eines Diebstahls in der Nähe von Winterborn führten auf die Spur eines Wanderburschen, der in einer Steinbruchhütte bei Heisterbrock hauste. Die gestohlenen Sachen und noch viele aus Diebstählen herrührende Gegenstände, außerdem Einbruchswerkzeuge, Waffen, Patronen, Sprengstoffe usw. wurden in der Hütte gefunden. Der Wanderbursche wurde ins Gerichtsgefängnis gebracht.

Köln

Tödlicher Unfall auf der Autostraße Köln—Bonn

Auf der Autostraße Köln—Bonn ereignete sich am Mittwochmorgen wiederum ein schwerer Verkehrsunfall. Ein von Köln kommender Wagen fuhr bei Wesseling quer über den Fahrdamm der Straße die auf der linken Seite der Straße etwa acht Meter hohe Böschung herauf. Der Wagen, der nur bis zur Hälfte der Böschung heraufkam, fiel dann auf den Fahrdamm zurück. Da die Autostraße an jener Stelle sehr gut übersichtlich ist, ist anzunehmen, daß der Fahrer von einem entgegenkommenden Wagen geblendet wurde und die Gewalt über den Wagen verlor. Ein Insasse des Autos, ein Gastwirt aus Bonn, erlitt sehr schwere Verletzungen und starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Der Führer des Wagens erlitt Hautabschürfungen. Der Wagen mußte abgeschleppt werden.

Köln. Der Rheinwasserstand weitergünstig. Im Laufe der vergangenen Woche stieg der Rheinwasserstand von 2,48 Meter auf 3,72 Meter am 29. 11. und fiel dann wieder auf 2,75 Meter zurück. Die Fahrwasserverhältnisse des Rheinstromes sind daher zurzeit für die Schiffahrt noch sehr günstig. In den einzelnen Häfen haben die Verkehrsverhältnisse unter den mehrfachen starken Nebeltagen insofern erheblich gelitten, als die Schiffe nicht pünktlich eintreffen konnten. Infolgedessen sind starke Verzögerungen und auch zahlenmäßige Verschiebungen zu verzeichnen. Im großen und ganzen ist der Verkehr gegenüber der Vorwoche sowohl in Massen als auch in Stückgut unverändert geblieben.

Köln. Verheerende Ulmenkrankheit. In Köln hat ein Massensterben von Ulmen eingesetzt, das immer weiter um sich greift. Wie von der städtischen Gartenverwaltung festgestellt wurde, müssen im laufenden Winter etwa [illegible] Ulmen an Kölner Straßen und Plätzen und 372 im Bereich der Kölner Friedhofanlagen gefällt werden. Bei dieser Aufstellung fehlen noch die von der Seuche befallenen Ulmen in den städtischen Grünanlagen, deren Zahl nicht näher festgestellt wurde. Es sind bisher auf Grund von eingehenden Untersuchungen der Fachleute über die Ursachen der Krankheit eine Reihe von Gegenmaßnahmen versucht worden, die aber noch keinen wirksamen Erfola gezeigt haben.

Köln. Ein Rennfahrer als Autodieb. Die hiesige Kriminalpolizei nahm einen in der Gerolsteiner Straße wohnenden Motorradrennfahrer fest, der am 28. Oktober, nachts um 12 Uhr, einen wertvollen Fordwagen gestohlen hatte, wobei ihm sein Bruder half. Der Rennfahrer war auf Betreiben seines Rechtsanwalts vor kurzem aus der Untersuchungshaft entlassen worden, die über ihn verhängt worden war, weil er bereits einmal einen Wagen gestohlen und nach Holland verschoben hatte.

Die Veruntreuungen bei der Zwecksparkasse „Germania"

Die Vorgänge bei der Kölner Spar- und Kreditgesellschaft mbH. „Germania" sind noch nicht ganz geklärt. Der von dem Geschäftsinhaber und alleinigen Gesellschafter, über dessen Verhaftung wir bereits berichteten, vorgeschlagene und anfänglich auch vom Gericht bestätigte Liquidator ist inzwischen abberufen worden. Die Revision hat bisher ergeben, daß der Gesellschafter Entnahmen aus der Kasse gemacht und Buchungsbelege gefälscht hat, die dann dem Notar als Auszahlungsbelege vorgelegt wurden, der sie auch bestätigte. Weiter wurde auch ein Geheimkonto aufgedeckt. Welche Beträge darüber gelaufen sind, steht noch nicht fest. Ein Treuhänder war nicht vorhanden. Ob auch Spargelder angegriffen worden sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Bereits früher wurden gegen die Gesellschaft Anzeigen erhoben. Man entschuldigte sich aber immer damit, daß in der Geschäftsführung Klüngel herrsche. Schließlich wurde der Geschäftsführer durch einen neuen ersetzt, der, als er der unreellen Geschäftsführung auf den Grund ging, aus den Geschäftsräumen gewiesen wurde und die Sache zur Anzeige brachte.

Zu den Mitteilungen über die „Germania" Spar- und Kreditgesellschaft mbH., Köln, Elisenstraße 1, teilt die Bausparkasse „Germania" Aktiengesellschaft, Köln, Unter Sachsenhausen 29-31, mit, daß sie mit dem Unternehmen in keinerlei Beziehung stehe und nicht damit zu verwechseln sei.

Düsseldorf

Tödlicher Stich mit der Schere

Am vergangenen Samstag wurde bei einem Lehrling eingebrochen. Die Täter öffneten dabei die Zimmertüre gewaltsam und entwendeten ein Sparkassenbuch und eine Spardose mit einigen Mark Spargeld. Als der Lehrling den Einbruch bemerkte, hatte er als Täter sofort seine beiden Begleiter Fr. und M. in Verdacht, mit denen er am 26. November in seinem Zimmer gewesen war. Eine vorübergehende Abwesenheit des Lehrlings war, glaubte er, von diesen beiden benutzt worden, um den Diebstahl zu begehen. Zwischen den drei Personen kam es nunmehr wegen des Diebstahles zu Streitigkeiten. Der Lehrling wurde, als er in der Haustür stand, von Fr. angegriffen, gewürgt und in den Hausflur gedrückt, wo Fr. und M. auf ihn einschlugen. Fr. erhielt von dem Lehrling dabei einen Stich in die linke Schläfe und wurde besinnungslos. Der herbeigerufene Arzt legte einen Notverband an und veranlaßte die Ueberführung ins Krankenhaus. Hier ist Fr., ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen, gestorben. Durch die Obduktion ist festgestellt worden, daß Fr. einen Schläfenstich erhalten hatte, der mehrere Zentimeter tief in das Gehirn eingedrungen war. Der Lehrling will in Notwehr gehandelt und erst, als er von Fr. und M. bedrängt wurde, mit einer Schere um sich geschlagen haben. Er wurde in Haft genommen.

England schlug Österreich mit 4:3

Das „Spiel des Jahrhunderts"

der Fußball-Länderkampf England — Oesterreich, der am Mittwoch im Chelsea-Stadion Stamford-Bridge in London ausgetragen wurde, endete mit einem knappen 4:3-Sieg Englands. Nachdem man sich in den letzten Tagen im internationalen Fußballlager mehr und mehr auf die Seite der Engländer geschlagen hatte, nachdem selbst Hugo Meisl die Schwierigkeiten, gegen England zu gewinnen, für zu hoch gefunden und mit einer ziemlich klaren Niederlage der Oesterreicher gerechnet hatte, nachdem feststand, daß die englische Mannschaft in Hochform war und alle sonstigen Imponderabilien, wie Boden, Wetter, Ball, für die Engländer sprachen: ist diese Ziffer durchaus nicht als ein Sieg für England zu werten. Auf einem anderen Boden, in neutraler Fußballgegend, wäre England nie ein Sieg über die Oesterreicher geglückt.

Eine klare Antwort fiel nicht,

welche Fußballschule nun für die Zukunft das Fundament der sportlichen Erziehung abgeben soll. Sie fiel deshalb nicht, weil jene Elf, deren kalter und nüchterner Schematismus bisher noch in den meisten Ländern als Vorbild genommen wurde, auch siegte, das individuelle, tänzerische und elegante Kombinationsspiel der Oesterreicher aber schließlich den besseren Eindruck hinterließ. War man in der ersten Halbzeit noch mächtig von den Oesterreichern enttäuscht, so kam das recht kühle englische Publikum bald in Wallung, als die Oesterreicher immer klarer und sicherer wurden und schließlich den Engländern ein Spiel hinlegten, das ihnen größte Schwierigkeiten machte. Wäre die Hintermannschaft Englands nicht so stabil gewesen, so hätte man schließlich noch eine böse Ueberraschung in Ausklang dieses Länderkampfes erleben können.

50 000 Zuschauer

man hatte auf dem Kontinent mit größeren Massen gerechnet, füllten die Tribünen von Stamford-Bridge. Die Organisation war mustergültig. Vor und im Stadion waren je 140 „Bobbies" zur Sicherheit und Ordnung postiert, vor dem Stadion standen noch zehn berittene Polizisten, die aber gar nicht einzugreifen brauchten. Viele Oesterreicher, Deutsche, Franzosen, Belgier und Holländer sah man auf den Tribünen, alle erwarteten mit größter Spannung diesen Kampf. Natürlich weilten fast die gesamten kontinentalen Fußballgrößen in London. Man sah u. a. die Italiener Vittorio Pozzo und Mauro, den Schweizer Eicher, Otto Nerz vom DFB. usw.

Kühl war der Empfang

der Mannschaften. Das englische Publikum kam nicht in die Lage, die man auf dem Kontinent beim Erscheinen der Nationalmannschaften feststellen kann. Selbst das Absingen der österreichischen und englischen Nationalhymne brachte noch nicht die rechte Stimmung. Die Mannschaften traten in der vorgesehenen Aufstellung an. Es spielten unter Leitung des belgischen Schiedsrichters John Langenus:

England: Hibbs
Goodall Blenkinsop
Strange Hart Keen
Crocks Jack Hampson Walker Houghton

Vogl Schall Sindelar Gschweidl Zischek
Rausch Smistik Gall
Sesta Rainer

Oesterreich: Hiden

Es war ein ungemein schneller und rassiger Kampf

Von der ersten bis zur letzten Minute kochte das Spiel. England hatte in der Hintermannschaft den besten Teil. Hibbs, Goodall-Blenkinsop verdienen ein großes Lob, ganz glänzend spielte auch die Läuferreihe, die vor allem in der Abwehr glänzte. Im Sturm waren die Leistungen unterschiedlich. Alle Spieler waren perfekte Einzelkönner, eine ganz geschlossene Angriffsleistung sah man aber nicht. Es überragte auch keiner dieser Spieler von Ruf den anderen. Das englische Spiel war sehr breit, man spielte viel halbhoch und gab fast immer steile Vorlagen an die Außenstürmer, die ziemlich schnell zu flanken verstanden. Die Tore der Engländer waren klassisch schön, aber sie hätten bei besserer Abwehr der österreichischen Verteidigung, die erst in der zweiten Halbzeit gut wurde, schon vorher unterbunden werden können.

Oesterreich krankte an seiner Nervosität. Das bessere Stellungsspiel der Engländer verlangte einen schnellen Start, der fehlte.

Hiden war ganz ausgezeichnet, er verdient das höchste Lob. Rainer und Sesta haben schon bessere Spiele geliefert. In der Läuferreihe überragte Rausch, auch Gall war sehr gut, Smistik versagte. Der Sturm kam erst in der letzten Viertelstunde in Fahrt. Gschweidl fiel durch die Verletzung ziemlich aus. Zischek und Vogl waren zum Schluß überragend, ebenso Sindelar, wie auch Schall in der zweiten Halbzeit besser spielte. Auf einem anderen Boden, auf neutralem Platze hätte das Spiel kaum zugunsten der Engländer geendet.

Das Spiel bewies, daß der kontinentale Fußball dem englischen gleichzusetzen ist, wenn man ihn nicht in fortschrittlichem Sinne vorziehen will.

Das Kölner Sechstagerennen

Da bei einer Jagd am Mittwochmorgen der Kölner Dumm schwer stürzte und mit einem Schlüsselbeinbruch ins Krankenhaus transportiert wurde, fuhren nur noch 9 Paare in Köln. (Damm fuhr als Ersatzmann weiter.) Am Mittwochnachmittag gab es keinen Umschwung. Einige Jagden brachten nur den kleineren Mannschaften etwas Vorteil. Um 17 Uhr war der Stand in der Spitzengruppe folgender: 1. Broccardo-Richli 306 Punkte; eine Runde zurück: 2. van Kempen-Pijnenburg 345 Punkte; 3. Rausch-Hürtgen 246 Punkte; 4. Funda-Maidorn 170 Punkte; zwei Runden zurück: 5. Siegel-Thierbach 126 Punkte; 6. Braspenning-Broomen 115 Punkte.

Am Mittwochabend um 23.30 Uhr hatte die Spitzengruppe wieder ein verändertes Aussehen. An 1. Stelle lagen van Kempen-Pijnenburg mit 363 Punkten; an 2. Stelle folgten Richli-Broccardo mit 310 Punkten, 3. Rausch-Hürtgen mit 243 Punkten, 4. Funda-Maidorn mit 173 Punkten; an 5. Stelle folgten eine Runde zurück Siegel-Thierbach mit 128 Punkten.

Vier Mannschaften in der Spitzengruppe — Heute fällt die Entscheidung

Die letzte Nacht des 5. Kölner Sechstagerennens brachte noch immer keine Entscheidung. Nach den Spurts der Abendwertung jagte ein Vorstoß den anderen, sodaß 70 Runden gewonnen wurden, ohne aber größere Aenderungen im Gefolge zu haben. Lediglich Richli-Broccardo büßten ihre führende Position ein. Kurz vor 1 Uhr gelang es den Favoriten Rausch-Hürtgen dem gesamten Feld eine Runde abzunehmen und sich somit allein an die Spitze des Feldes zu setzen. Nach der 2-Uhr-Wertung konnten sich jedoch die anderen führenden Paare den Kölnern beigesellen, sodaß am heutigen Mittag die Spitzengruppe aus vier Mannschaften besteht. Man erwartet am heutigen Abend, wo das 5. Kölner Sechstagerennen zu Ende geht, noch sehr harte Kämpfe um den Sieg des Rennens.

Am heutigen Morgen um 6 Uhr waren 3099,830 Kilometer zurückgelegt und der Stand am heutigen Mittag um 12 Uhr folgender:

1. van Kempen-Pijnenburg 411
2. Richli-Broccardo 329
3. Rausch-Hürtgen 276
4. Funda-Maidorn 185

1 Runde zurück

5. Siegel-Thierbach 134

2 Runden zurück

6. Braspenning-Broomen 125

4 Runden zurück

7. Oszmella-Schorn 247

8 Runden zurück

8. Vopel-Korsmeier 141

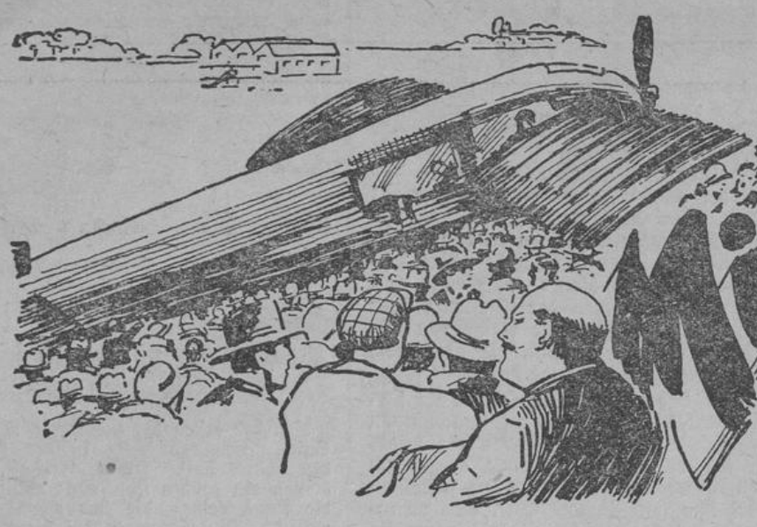
10 Runden zurück

9. Zims-Perelaer 213.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



Millionen auf der Landstrasse

Roman v. A. v. Panhuys

9

„O Sennora Colina, wie kann ich das wissen. Nach dem Pagenkopf ließ sie sich das Haar sogar ganz kurz schneiden, aber nur für ein paar Tage, dann wollte sie eine Transformation mit Knoten und Löckchen. Sie sagte, ihr Vater wünsche sie nicht mehr in dem kurzen Haar zu sehen."

Die mollige Frau Colina lachte.

„Sennor Miranda kümmert sich darum bestimmt nicht. Seine Tochter ist ja so selbständig in allem. Sie wollte Ihnen wohl nur nicht zugeben, wie schnell sie ihre Meinung in dieser Modefrage geändert hat."

*

Beim Abendessen erzählte Frau Anna Colina die kleine Geschichte und ihr Mann wandte sich an seinen Gast: „Schade, daß Sie die Tochter von Miranda nicht kennen, es ist ein sehr interessantes Mädchen."

Er lachte.

„Die Damen haben jetzt alle ihre liebe Not mit den Besuchen beim Friseur. Seitdem sie das Haar kurz schneiden lassen, ist es damit noch schlimmer geworden. Ich verstehe nur überhaupt nicht, was an den paar Strähnen noch herumzumurksen ist. Meine Frau zum Beispiel braucht jetzt für ihren Friseur die dreifache Summe wie früher, als sie noch ihr schönes Haar besaß."

Frau Anna wehrte sich gegen die Beschuldigung und es gab ein lustiges kleines Wortgeplänkel.

Man bediente sich, mit Rücksicht auf Joachim Markus, meist der französischen Sprache.

Frau Anna trug das Haar glatt und kurz.

Sie neckte ihren Mann: „Wenn du willst, lasse ich mir auch so eine Art Perücke bauen, wie Nieves Miranda!"

Er wehrte ab: „Bewahre! Mir gefällst du so sehr gut."

Joachim Markus fand diese Unterhaltung reichlich albern.

Er kam sich hier überhaupt so deplaziert vor.

Weshalb saß er hier am Tisch dieser ihm doch nur oberflächlich bekannten Menschen, genoß ihre Gastfreundschaft und verbrachte seine Tage in müßigem Abwarten?

Sein Vater hatte gewünscht, er sollte nach dem Zigarettenetui mit seinem Inhalt suchen. Das Etui war gefunden worden, die Formel aber von einem neidischen Bengel, der dem Finder die Belohnung nicht gönnte, gestohlen worden. Wahrscheinlich wurde sie längst zerrissen.

Der Detektiv war sehr energisch an seine Aufgabe gegangen, aber er selbst erhoffte nicht viel von ihm.

Es waltete ein Unstern über der Erfindung seines Vaters, sie sollte wohl unausgenützt bleiben.

Und wie bereits mehrmals, mußte er auch jetzt wieder denken, wenn es nicht der ausdrückliche Wunsch seines Vaters gewesen wäre, hätte er, nach dem ersten Mißerfolg, die Angelegenheit auf sich beruhen lassen.

Ueberhaupt jetzt, nachdem er das Zigarettenetui besaß.

Als er später, nachdem sich die Dame des Hauses zurückgezogen, mit Jose Colina rauchend beisammen saß, erklärte er denn auch, er beabsichtige in den nächsten Tagen abzureisen, die Markus-Werke würden ihren neuen Direktor brauchen und hier vermöge er doch nichts zu helfen.

Der kleine dicke Colina war bestürzt.

„Sie müssen noch bleiben, amigo mio, Cuyas ist ein erstklassiger Detektiv, passen Sie auf, der schnappt den jungen Menschen. Ich kann und mag die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß wir auf diese Weise doch noch zu dem von uns so dringend Gesuchten kommen."

Joachim Markus rückte ein wenig mit den Schultern.

„Nun gut, nehmen wir also an, der Detektiv hätte wirklich den gewünschten Erfolg, dann können Sie doch alles weiter abmachen mit ihm. Im Notfall bin ich ja schnellstens telegraphisch zu erreichen."

Er ließ denn auch nicht locker, in zwei Tagen würde er abreisen. —

Am nächsten Vormittag wurde der Detektiv gemeldet.

Joachim Markus saß gerade bei Jose Colina, in dessen großem Büro im Vorort San Adrian, als Isidro Cuyas eintrat.

Auch er beherrschte die französische Sprache gut und bediente sich jetzt ihrer, damit Joachim Markus der Unterhaltung folgen konnte.

Er war mittelgroß und wohlbeleibt, wodurch er wie ein wohlwollender Spießbürger aussah, was ihm bei seinem Beruf sehr zustatten kam. Er gewann dadurch leicht Vertrauen.

Er berichtete: „Ich fing meine Nachforschungen auf dem Flugplatz in Prats del Llobregat an und brachte in Erfahrung, daß beim Sterben des Herrn Markus außer Ihnen, Herr Colina, ein junger Bursche von ungefähr sechzehn oder siebzehn Jahren ganz nahe gestanden hätte. Er wurde mir beschrieben als sehr schmal, mit bräunlicher Haut und auffallend großen schwarzen Augen. Er wäre sehr schlicht angezogen gewesen und hätte ausgesehen wie ein Mechanikerlehrling.

Ich würde ja nun nichts dabei finden, wenn sich ein junger neugieriger Gaffer bei dergleichen herandrängt," äußerte er seine Meinung, „aber da mir der junge Mensch, der bei Ihnen mit dem falschen Zigarettenetui gewesen, auch als schmal, mit ziemlich dunkler Haut und sehr großen schwarzen Augen geschildert wurde, glaube ich, es könnten da Zusammenhänge existieren. Und nun, Herr Direktor Colina, bitte, denken Sie einmal gründlich nach. Erinnern Sie sich vielleicht nach dem Unglück in Prat del Llobregat, einen solchen Burschen in Ihrer Nähe gesehen zu haben?"

„Natürlich, natürlich," erwiderte Jose Colina sehr lebhaft, „ich brauche erst gar nicht besonders darüber nachzudenken. Er schob sich so dicht an mich heran, daß es mich sogar flüchtig ärgerte. Aber ich war doch zu erregt durch das Unglück, mußte meine ganze Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, den armen Sterbenden zu verstehen, daß mein Aerger über eine Augenblickserregung gar nicht hinauswuchs. Aber jetzt ist es mir, als sähe ich den Jungen ganz deutlich vor mir."

Er starrte auf einen bestimmten Fleck, als erschaue er dort etwas, sagte dann langsam: „Ja, wie ein Mechanikerlehrling sah er aus und das mit den Augen stimmt ebenfalls. Der junge Mensch im Tennisanzug besitzt jedenfalls große Aehnlichkeit mit dem Jungen vom Flughafen. Immerhin kann das Zufall sein, große schwarze Augen und bräunliche Haut gedeihen unter unserem Himmelsstrich gut und reichlich."

Joachim Markus fiel wieder der haßerfüllte Blick ein, der ihn getroffen aus zwei großen, schwarzen Frauenaugen.

Aber nicht mehr daran rühren.

Jose Colina lachte ihn ja doch nur aus, wenn er wieder behauptete, der weiße Anzug habe die Glieder einer Frau umhüllt.

Isidro Cuyas spitzte die Lippen wie zum Pfeifen.

„Es ist also anzunehmen, der junge Mensch befand sich nicht durch Zufall draußen auf dem Flugplatz, sondern deshalb, weil er genau wußte, wer erwartet wurde. Er hat sich demnach absichtlich in die Nähe des Verunglückten gedrängt und die letzten Worte des Sterbenden hören wollen und gehört."

„Aber Herr Ludwig Markus sprach doch französisch und der Junge sah nicht aus, als wenn er davon auch nur eine Ahnung hatte," meinte Colina.

„Das wollen wir noch dahingestellt sein lassen," gab der Detektiv zurück, „die Hauptsache aber ist, ich wollte mir vor allem die Aehnlichkeit zwischen den beiden Jüngelchen bestätigen lassen."

Er erhob sich: „Gestatten Sie mir, bitte, noch eine Frage, Herr Direktor Colina: Können Sie sich vielleicht entsinnen, ob Sie sich, ehe Herr Ludwig Markus kam, mit jemand über den Grund seines Herkommens unterhalten haben?"

„Bewahre, es war doch strengstes Geheimnis," verwahrte sich Jose Colina sehr energisch. Fast ein bißchen gekränkt sah er aus.

Das störte aber Isidro Cuyas wenig. Er beharrte auf dem Thema.

„Denken Sie doch, bitte, so gründlich nach über den Punkt, wie es Ihnen nur irgend möglich ist. Fällt Ihnen keine, auch noch so kleine Aeußerung zu einem Ihrer Angestellten ein?"

Jose Colina, der eben bereits wieder lebhaft abwehren wollte, bekam plötzlich einen roten Kopf. Ihm fielen die paar leicht hingeworfenen Sätze ein, die er zu Francisko Miranda geäußert, von der bevorstehenden großen Umwälzung auf dem Gebiet der Betonbauten.

Aber das bekannte er auf keinen Fall. Er würde sich doch nicht hier, vor Joachim Markus, die Rolle eines schwatzhaften Menschen aufdrängen lassen.

Er fühlte, wie sein Gesicht glühte, und nahm, um seine Verlegenheit zu bemänteln, seine Zuflucht zum Polterton.

„Ich habe zu niemand eine Aeußerung gemacht, die irgendwie auf die Erfindung oder die zukünftigen geschäftlichen Beziehungen zu den Markus-Werken anspielte. Ich bin doch kein Trottel!"

Isidro Cuyas lächelte: „Ich wollte Sie doch nicht beleidigen, Herr Direktor, wollte mir nur einen Fingerzeig holen."

Hätte jetzt Jose Colina erzählt, was er zu Francisko Miranda gesagt und hätte Joachim Markus von seiner Beobachtung gesprochen, daß der gesuchte junge Mann im weißen Sportanzug anscheinend eine junge Dame gewesen, dann wäre der Fingerzeig für Isidro Cuyas dagewesen. Und der Fingerzeig hätte wahrscheinlich genügt, um die Gestalt von Nieves Miranda zu erkennen.

Isidro Cuyas empfahl sich und Colina sagte ärgerlich: „So ein Detektiv stellt einem die dümmsten Fragen."

Joachim Markus zuckte die Achseln.

„Er versucht es eben auf seine Weise, Licht in die dunkle Sache zu bringen. Er scheint auch etwas von seinem Geschäft zu verstehen, denn daß der Junge vom Flugplatz derselbe ist, wie der Held mit den Feuerradaugen, ist doch klar. Aber viel mehr werden wir auch wohl kaum erfahren! Ich finde mich immer mehr mit dem Gedanken ab, daß meines Vaters Erfindung niemals ausgenützt werden kann."

Jose Colina seufzte so überlaut und so aus vollstem Herzen, daß Joachim Markus unwillkürlich die Lachlust anwandelte. — —

Am Nachmittag machte man eine kleine Ausfahrt. Auf den Montjuich.

Frau Anna wollte dem Gast gern einmal von dort oben das herrliche Panorama der Stadt zeigen.

Das offene Auto fuhr die spiegelnde Asphaltstraße, die sich seitlich des Berges zur Höhe wand, hinauf und die riesige Stadt kam zu überwältigender, pittoresker Wirkung.

Hinweg über die grünen, in buntem Blumenschmuck prangenden Anlagen des Bergparks, mit seinen hellen Terrassen und Treppen, mit seinen breiten Vasen, aus denen sich strahlendes, jauchzendes Blumenleben drängte, flog der Blick und nahm das Bild tief unten bewundernd auf.

Das zusammengedrängte Durcheinander von hohen Bauten und kleinen geduckten Häuschen, von ruinenhaftem alten Gemäuer und eleganten modernen Gebäuden jeder Art.

Kirchen ragten hier und dort und überall aus dem Gewirr, aber über alles Niedrige und Hohe der Stadt triumphierte der Templo de la Sagrada Familia, an dem man seit langen Jahren arbeitet und an dem man noch lange Jahre arbeiten wird, dieser eigenartige himmelstürmende Kirchenbau im neukatalonischen Stil.

Es sah von hier oben aus, als streckte sich eine flache Riesenhand gegen den Himmel aus wie gebietend, wie eine Forderung, wie Antwort heischend auf eine große, bedeutungsvolle Frage.

Joachim Markus saß neben Frau Anna im Auto, in stummes Schauen versunken, während Colina auf dem Rücksitz ein so stolzes Gesicht machte, als habe er den aus der fruchtbaren Llobregat-Ebene aufwachsenden Höhenzug des Montjuich, mitsamt seinem schönen Park und die ganze Stadt Barcelona dazu, eigens geschaffen, um seinem Gast damit eine besondere Ehrung zu erweisen.

Man erreichte das Ende des Fahrweges, die breite Auffahrt, mit dem Blick auf einen großen Teil des Hafens und ein Stückchen Meer.

Hier stieg man aus, trat ganz nahe an die Balustrade heran.

Ein mächtiger Dampfer verließ eben den Hafen.

Jose Colina erklärte: „Das ist der Italiener, Giulio Cesare, er fährt nach Südamerika."

Gute Bücher zum Feste!

Schönste Weihnachtsgeschenke

Wir bieten an:

Die kleine Frau Storkow Der ergreifende, wundervoll lichte Roman einer Stenotypistin. Von Anton Schwab

Die reichste Frau der Welt Die abenteuerliche Geschichte um das Geheimnis Tol. Von Georg Westfalen

Der Magier Good Der mitreißende Abenteuerroman aus dem geheimnisvollen Abessinien . . . Von Georg Westfalen

Der Kaiserwalzer Der wundervolle Liebesroman aus der Zeit des Walzerkönigs Johann Strauß. Von Hellmuth Kayser

Rose von Flandern Die innige Geschichte einer Liebe, die im Kriege in Flandern begann. Von Hellmuth Kayser

Jeder Band in Ganzleinen nur **RM 3.—**

Jeder dieser Romane ist fesselnd von Anfang bis zu Ende, erfreut den Leser, Mann wie Frau, und ist unbedingt sauber, so daß jeder Band für jeden ein wundervolles Weihnachtsgeschenk darstellt.

Durch unsere Geschäftsstelle zu beziehen
Die Träger nehmen Bestellungen an



Das erste Photo vom Fußball-Länderkampf England-Österreich:
der Torwart der Österreicher, Hiden, bei einer vorbildlich durchgeführten Hochballabwehr (Bildtelegramm)